

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 5 Mai 2001 36. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13-15

Armeevorlagen: der grösste Etikettenschwindel



Willy Schmidhauser, Präsident der SD Thurgau, Dettighofen

NATO-General Klaus Naumann sagte:

«Wer einen Militäreinsatz beschliesst, der muss die Strasse bis zu ihrem Ende gehen. Er muss akzeptieren, dass er Tote nach Hause bringen wird. Und er sagt Ja zu jeder anfänglich nicht erkennbaren Eskalation, die aus der Beteiligung an diesem Konflikt resultiert.»

Unglaublicher Schmid

Bundesrat Schmid argumentiert, wir hätten keine Übungsplätze und Platz mehr in der Schweiz. Darum müssten wir im Ausland üben, im Gegenrecht müsste man aber auch fremde Armeen hier üben lassen...

So ein Un- und Widersinn! Wenn wir kämpfen müssen um unser Land, kämpfen wir hier und nicht irgendwo. Dann ist es notwendig, jeden Winkel und jedes Strässlein in diesem Lande zu kennen. Was wäre da besser, als üben im eigenen Lande? Natürlich müssen unsere Waffen an diese Verhältnisse angepasst sein, nur das gibt eine maximale Verteidigungs-Wirkung!

Fremde Armeen hier üben lassen, ist nicht nur ein nationaler Schwachsinn, es wäre ein eigentliches Verbrechen an unserer Unabhängigkeit und eine Einladung an irgendwelche Mächte dieser Erde, hier Platz zu nehmen. Wir wollen frei und unabhängig bleiben!

Asyl-Lügen ohne Ende

Es ist völlig falsch, dass dank dem Einsatz unserer SWISSCOY im Kosovo die Flüchtlinge rapide abgenommen haben, im Gegenteil! EU-Länder haben schon 1999 ihre Gewaltflüchtlinge zurückgeschafft. Schmid: «Im Jahre 2000 sind über

40'000 freiwillig zurückgekehrt... das Flüchtlingsproblem ist entschärft!» Welche Irreführung! Tatsächlich sind über 65'000 Gewaltflüchtlinge (gehen sofort wieder, wenn die Lebensgefahr vorbei ist...) in unser Land gekommen. Trotz gutem Zureden und schönen Rückkehr-Prämien sind über 25'000 immer noch hier! Haben sie inzwischen ordentliche Asylanträge gestellt oder sind sie untergetaucht? Das Volk jedenfalls fühlt sich betrogen!

Kennen wie Hosentasche...

Auch Tiefflüge seien nicht mehr möglich – wozu denn Tiefflüge über Schweden und Tankfüllung in der Luft? So ein Unsinn! Das ist doch Beweis genug, wir haben die falschen Flugzeuge gekauft! Jedenfalls sind sie NATO-, UNO- und EU-tauglich und das Volk wurde beim Kauf einmal mehr aufs Kreuz gelegt!

Unsere Miliz-Armee, getragen von allen, soll unser Land, unser Volk verteidigen! Soldaten, Piloten und Offiziere müssen also unser Terrain kennen, wie die eigenen Hosentaschen! Darum üben wir hier – nur wir, keine fremden Truppen – und sonst nirgendwo!

Davor haben wir gewarnt!

Geklagt hat Bundesrat Schmid auch über den Mangel an Unteroffizieren und Offizieren; die Revision vom 10. Juni sei dringend. Auslandsaufenthalte und Swisscoy-Einsätze machen also unsere Armee attraktiver. Nicht gesagt hat Schmid, ob mit oder ohne Soldatenpuff mit Minderjährigen wie etwa in Jugoslawien. Wir Schweizer Demokraten haben schon vor vielen Jahren Gefahren erkannt. Öffnung der Märkte, Fusionen und immer mehr internationale Firmen reduzieren die Möglichkeiten zum Abverdienen; da viele Arbeitgeber nicht einmal während der RS die Mitarbeiter behalten und so Lohnzahlungen einspart werden können.

EU-Knecht Kellenberger?

EU-Unterhändler und heutiger Rotkreuz-Chef Kellenberger wirbt

Abfuhr: Keine Schweizer Soldaten ins Ausland!

Am 10. Juni 2001 gilt es schon wieder ernst. Nachdem wir vor einigen Jahren die Blauhelm-Vorlage mit grossem Mehr in die Wüste geschickt haben, wollen wir mit einem 2-fachen Nein auch die heutigen Vorlagen dorthin schmeissen, wo sie hingehören – in den Papierkorb! Die Regierenden verstehen nur diese Sprache. Wir wehren uns für die Erhaltung unserer Neutralität und gegen die NATO-Bevormundung durch die Amerikaner und die EU. Es ist nicht unsere Aufgabe, zwischen Kriegsfronten zu stehen und das Leben unserer Soldaten zu gefährden. Gehen Sie an die Urnen und unterstützen Sie uns nach Kräften.

Auf dem Zentralsekretariat können weiterhin SD-Flugblätter für den Kampf gegen diese beiden Vorlagen bestellt werden.

An dieser Stelle danken wir Ihnen für die vielen Spenden, die uns für unseren Einsatz zur Erhaltung von Volk und Heimat erreicht haben.

SD-Geschäftsleitung

für militärische Auslandseinsätze: «Soldaten könnten mehr Sicherheit in die humanitären Aktionen bringen» – Erwin Böhi, IKRK Delegationschef, erklärte damals: «Bei Beginn der NATO-Bombardierung in Jugoslawien mussten alle IKRK-Helfer aus an Angriffen beteiligten Ländern samt ihren Angehörigen zurückgezogen werden...» Kommentar (total) überflüssig!

Fremdes und bewaffnetes Militär ist immer Partei in einem Lande und unsere Neutralität ist definitiv verloren! Schmid verschweigt, dass alle erfahrenen und älteren Offiziere aus unserer Armee entfernt wurden. Eine totale Verjüngung heisst nur bedingt mehr Vitalität. Sicher aber lassen sich junge Menschen einfacher verführen und vor allem irreführen! Nicht nur Hitler, Stalin und Mao haben solche «Möglichkeiten» genutzt, offenbar ist auch unsere Militär-Verwaltung mit «allen Wassern gewaschen».

Pistole für Schweizerlein?

Hervorragend ist Schmid im Hinunterspielen der wirklichen Sachfrage vom 10. Juni. Er tut so, als ginge es bei der Bewaffnung nur um eine Pistole oder ein Gewehr für Schweizer Soldaten im Ausland.

Dass wir eigene Transportflugzeuge kaufen wollen, 180 Schützen- und 120 Kommandanten-Panzer, nebst Helis aller Art und vielem Gerät mehr – natürlich alles technisch, bedienungsmässig und strategisch auf den NATO-Standart abgestimmt, ist ein gewaltiger Etikettenschwindel unter der Parole «Sicherheit durch Kooperation».

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Autonome Landesverteidigung ade?
- 4 Junge Schweizer Demokraten: Standpunkt
- 5 Willkommen an der SD-Delegiertenversammlung in Basel
- 7 Die Abdankung Europas – eine Prophezeiung
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Armeevorlagen: der grösste Etikettenschwindel

Fortsetzung von Seite 1

NATO-Hochleistungs-Mannen?

Ist es da verwunderlich, dass jeder vierte Rekrut vorzeitig die RS abbricht und ausscheidet, sieht das nicht nach «Hochleistungs-Soldaten» à la NATO aus? Auch die Umstellung auf Armee-Sprache englisch zielt doch in die gleiche Richtung. Wäre nicht unser Dialekt bei einem Abwehrkampf wie eine Geheimsprache, die Angreifer kaum verstehen könnten? Wozu also sucht die Armee fieberhaft nach Englisch-Lehrern? Wozu?

Die Sozis und ihre Präsidentin Brunner argumentieren, sie würden Ja zu den Armeevorlagen sagen, obwohl sie eine andere Grundhaltung hätten. Man wolle sich nicht ins gleiche «Lotterbett legen, mit Blocher und seiner AUNS.» Machen solche Aussagen nicht nachdenklich? Geht es in der Demokratie um Sachfragen oder um mafioses Abkartieren und um fragwürdige Absprachen? Dabei kostet ein Swisscoy im Monat den Steuerzahler 48'000 Franken und ein (Bau-) Fachmann des zivilen Hilfskorps lediglich 12'000 Franken.

Freund Jang Zemin

Wollen wir Schweizer also zu Befehlempfängern, zu Teilhabern korrupter EU-Kommandos werden? Wollen wir die Unterstellung bei der NATO oder UNO? So eine Schande! Erinnert sei an die 41'000 Uranbomben mit 300 Tonnen hochgiftigen Atom-Abfällen der USA, die in Kuwait, Irak und Ex-Jugoslawien entsorgt wurden. Auch das AC-Labor Spiez des Bundes hat alles heruntergespielt und so getan, als handle es sich um harmlose Gewehr-Munition. Wollen wir mit der UNO ins Feld ziehen; also mit Hunderten von Staaten, die Konventionen (Menschenrechte, Religionsfreiheit etc.) unterzeichnet, aber bisher keinen einzigen Paragraphen eingehalten haben? Wollen wir mit dem Sicherheitsrats-Mitglied China an den gleichen Tisch sitzen und so tun, als gäbe es keine Tibetflüchtlinge und keine Vernichtung des tibetischen Volkes, der tibetischen Kultur und Religion durch China? Weiss Herr Bundesrat Schmid, was er dem Schweizervolke da zumutet?

Bundesrat als Etikettenschwindler!

«Weg frei für die Vernunft» wirbt ein Slogan von Schmid; gemeint ist mit der Vernunft 2 mal JA am 10. Juni und weiter «Kein Frontalangriff gegen die Sicherheitspolitik von Bundesrat und Parlament (wie AUNS)» – wird uns da nicht die perfekte und unsinnige, ja total un-wahre Verdrehung der Begriffe de-

monstriert, um Bürger zu irritieren, um Bürger aufs Kreuz zu legen? Ein perfekter bundesrätlicher Etikettenschwindel?

Unsere Verfassung sagt: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens, sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer, ausserordentlicher Lagen.

Freche, faule Argumente

Bundesrat Samuel Schmid sagte in Frauenfeld: «Militärische Einsätze zur Friedensförderung jenseits unserer Grenzen haben ebenso wie die Verteidigung eine Verfassungsgrundlage...» Mit Blick auf den obigen Verfassungstext muss gefragt werden: Wo denn, Herr Bundesrat Schmid? Wo?

«Nur Freiwillige werden im Ausland eingesetzt»... Was aber tut der Bundesrat, wenn die ersten Schweizer in Särgen nach Hause kommen oder Kriegskruppeln, Krebsranke oder verseuchte, junge Idealisten nach Hause kommen? Natürlich trauern mit Musik, Sprüchen von der Ehre und schönen Reden! Freiwillige werden sich kaum noch melden, darum wird Schmid weitere Soldaten zwangsweise ins Feld schicken! Wie denn sonst?

Amis go home!

Was für ein Fiasko hat die Weltmacht USA und Hochrüster Nummer 1 in der Welt in Vietnam erfahren müssen? Wie gross war das Trauma im Sudan? Bodentruppen konnten trotz Hochrüstung nichts erreichen! Seither lässt die USA (NATO) die «Drecksarbeit» andere machen! Die USA machen nur noch fliegerische Einsätze (z.B. Irak, Jugoslawien) und nehmen dabei auch die Gefährdung verbündeter Bodentruppen (Uranbomben) in Kauf!

Ohne Volk geht's besser...

Schmid sagt öffentlich, die Schweiz werde auch künftig in voller Eigenständigkeit, Souveränität und Freiheit entscheiden, ob sie an einem Einsatz im Ausland teilnehmen werde oder nicht. Die Frage sei erlaubt: Wen meinen Sie mit «die Schweiz» – werden Sie das Volk befragen? Und wie können Sie von «Eigenständigkeit» reden, während fremde Truppen in unserem Lande operieren?

Unser Land – unser Traum!

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität weist der Schweiz eine besondere aussenpolitische Aufgabe zu: Zivile humanitäre Hilfe, Friedensdiplomatie, Friedensdienste und Einsatz des Roten Kreuzes für alle in Not! Es braucht in der Welt eine neutrale Schweiz, eine

unparteiische Insel dem Frieden in der Welt zuliebe! Wir wollen uns strikte aus den Machtspielen und Konflikten heraushalten, um für alle da zu sein; wenn es nötig wird!

Darum 2 x Nein am 10. Juni 2001.

Willy Schmidhauser,
Kantonalpräsident SD Thurgau

Neue NATO-Doktrin

Bei der neuen Sicherheitspolitik des Bundes «Sicherheit durch Korruption» (SIPOL 2000) handelt es sich um einen Schritt auf dem Weg zum Anschluss an die Nato. Wie kann diese Aussage belegt werden? Der Verteidigungshaushalt der Schweiz wird bereits seit 1996 in Brüssel bei der Nato besprochen, wie der Bundesrat selber darlegte (SIPOL S. 11). Damals hat sich die Schweiz der Nato-Organisation «Partnerschaft für den Frieden» angeschlossen; einer Organisation, die 1994 einzig dazu gegründet wurde, um so viel Länder wie möglich in die Nato einzubinden, ohne dass diese direkt Mitglied werden müssen. Das VBS schreibt dazu (Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden, S. 12), dass die Schweizer Armee Sprache und Terminologie, in ihrer Doktrin, in Führungs- und Planungsabläufen, in ihrer gesamten Struktur und in ihrem Material an die Nato angepasst werden müsse – unter dem Stichwort Interoperabilität.

Leitmotiv für die Armee 21: Anschluss an die Nato-Anforderungen

Das VBS erklärt selbst, dass die «Interoperabilität ein zentrales Leitmotiv für die aktuelle Reform der Armee geworden ist» (Die Schweiz und die Partnerschaft für den Frieden, S. 13). Der Unterschied zwischen der «Partnerschaft für den Frieden» und der Nato ist nur noch «wie ein Stück Papier», wie der ehemalige Verteidigungsminister der USA, William Percy, dazu erklärte. Der stellvertretende Generalsekretär der NATO, Sergio Ballanzino, schrieb im Nato-Brief bereits im Juli 1997 (S. 13): «Die neue Pfp ist nun mit der neuen NATO «verschweisst.» Angriffskriege mit der Schweiz unter dem Titel «friedensunterstützende» Operationen? Darüberhinaus hat der Schweizer Bundesrat in seiner Sicherheitsplitz 2000 erklärt, dass die Schweizer Armee nicht etwa nur «friedenserhaltende Einsätze» mit der Nato zusammen durchführen werde, sondern «friedensunterstützende» (SIPOL S. 48, neuer Artikel 66.3, Militärgesetz). Dieser verschleierte Begriff «Friedensunterstützung» beinhaltet Angriffskriege, sogenannte «Friedens-erzwingung», wie am 8./9. Februar an einer Tagung der Nato-Befürworter an der ETH Zürich ausführlich dargestellt wurde. Die Schweizer Armee soll zu einem Modul der Nato werden, das auch ausserhalb Europas für irgendwelche Interessen einsetzbar werden soll. «Die

Armee ist in der Lage, den Auftrag Friedensunterstützung und Krisenbewältigung zu erfüllen, indem sie in einem Krisengebiet, vor allem in Europa und in Kooperation mit anderen Streitkräften, modulartig aufgebaute Verbände nach kurzer Vorbereitung über längere Zeit einsetzen kann. (SIPOL 2000, S. 48). In der Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Militärgesetzes (S. 478, 482) erklärt der Bundesrat, dass die jetzige Änderung des Militärgesetzes nur ein weiterer Schritt hin zu einer völligen Umgestaltung der Armee auf Nato-Anforderungen hin sei. Es geht am 10. Juni nämlich darum, zumindest einen Teil der Armee in eine Berufsmarine umzuwandeln – genauso wie es alle anderen Nato-Staaten für die geplanten Angriffskriege getan haben oder tun. Laut neuem Artikel 66.1 könnten diese Einsätze zwar unter UNO- oder OSZE-Mandat stattfinden, aber es ginge auch ohne diese.

1999: Nato mutierte vom Defensivbündnis zum Angriffsbündnis

Warum aber nicht mit der Nato zusammenarbeiten, die doch einen Teil Europas gegen den Kommunismus geschützt hat? Weil die Nato im April 1999 ihre Doktrin geändert hat. Sie hat sich von einem reinen Verteidigungsbündnis zu einem Angriffsbündnis gewandelt. Die Nato hat sich das Recht herausgenommen, das Völkerrecht auf Selbstbestimmung aufzuheben. Sie will militärische Besetzungen vornehmen, wenn ein Land nicht die richtigen Reformen durchführt, Rohstoffe nicht zu niedrigen Preisen verkauft, wenn es irgendwo zu ethnischen oder religiösen Konflikten kommt und diese Region geostategisch von Interesse ist usw., wie im «Neuen strategischen Konzept der NATO in den Artikeln 20 und 24 nachgelesen werden kann. Wie im Balkan gehört zur sogenannten «Gestaltung des Sicherheitsumfeldes» ausserhalb der Grenzen, wie sie jetzt auch das VBS propagiert, Bombardements wie in Jugoslawien (Art. 12). Henry Kissinger sagte dazu in der Welt am Sonntag (15.8.99), dass die Nato mit ihrer Forderung, ganz Jugoslawien zu besetzen, den Krieg selbst provoziert hätte. Die Nato hätte sich damit vom Prinzip der Souveränität verabschiedet, das seit dem Westfälischen Frieden die Verhältnisse der Länder untereinander verbessert hätten. Das Defensivbündnis hätte man aufgegeben.

Fortsetzung Seite 3

Autonome Landesverteidigung ade?

Schicksalshafte Volksabstimmungen zur Revision des Militärgesetzes

Lange hielten die zuständigen Behörden die Pläne zur Umgestaltung der Schweizer Armee unter dem Stichwort «Armee XXI» unter dem Deckel. Erst im Vorfeld der politischen Auseinandersetzung um zwei vorgezogene Teilrevisionen des Militärgesetzes, die wegen Referenden am 10. Juni zur Volksabstimmung anstehen, sickerten langsam Einzelheiten durch. Und sie stimmen wenig zuversichtlich. Sie weisen alle in Richtung Umwandlung der Schweizer Armee aus einer reinen Landesverteidigungsarmee in eine Polizeitruppe zur Hilfestellung bei internationalen «Kriseninterventionen», angeblich «zur Beförderung des Friedens», und zwar unter NATO-Kommando! Als die Referendumskomitees dies anlässlich ihrer ersten Pressekonferenz ansprachen, tönte es aus dem Bundeshaus mit gespielter Empörung: die Revisionen des Militärgesetzes hätten nichts, aber auch gar nichts mit der NATO zu tun! Sogar von

einer «Lüge» war die Rede. Wirklich? Die Fakten sprechen eine andere Sprache!

Wenn wir die als «Armee XXI» bezeichnete Reorganisation unseres Militärs betrachten, welche die Revision des Militärgesetzes erst nötig macht, wird klar, dass unsere Armee unter den Stichworten «partnership for peace», «Sicherheit durch Kooperation» und «Interoperabilität» der NATO zumindest angenähert werden soll. Hohe Offiziere und Behördenmitglieder haben ja auch schon aus der Schule geplaudert, indem sie ihre Meinung beteuerten, die Schweiz sei militärisch nur noch in Zusammenarbeit mit fremden Kräften – und da kommt nur die NATO in Frage – und nicht mehr «im Alleingang» zu verteidigen; ein Schlagwort, das wir schon aus andern Zusammenhängen zur Genüge kennen!

Alles für die NATO!

Die Bestandeszahl der Armee wird massiv reduziert, von 400'000 auf 120'000. Die Territorialarmee wird dabei notgedrungen aufgelöst und durch so genannt hochmobile, vollmotorisierte Eingreifformationen nach NATO-Muster ersetzt, auch für die Aufträge im Inneren des Landes. Der Milizcharakter des Volksheeres wird verwässert und durch eine Art Söldnertruppe zum Zwecke von Einsätzen im Ausland ergänzt. Armeekorps, Divisionen und Regimenter werden aufgelöst. Es gibt nur noch «Kampfbrigaden», die nach NATO-Vorbild je nach Auftrag «modulartig» zusammengestellt werden. Ausbildung, Ausrüstung, Waffensysteme und Kommunikationsmittel werden nach Weisungen der NATO-Offiziere im Rahmen der unseligen «Partnerschaft für den Frieden» (partnership for peace) den in der NATO geltenden Regeln angepasst und «NATO-kompatibel» gemacht. Die so genannte «Interoperabilität» wird einseitig bezüglich NATO-Truppen angestrebt. Die Landesverteidigung der Schweiz soll nach NATO-Doktrin schon in einem so genannten «operativen Vorfeld» beginnen. In Süddeutschland, Vorarlberg, Norditalien und Westfrankreich?

Oberkommando der USA

Auch die Truppenausbildung wird «koordiniert», das heisst es finden gemeinsame Stabsübungen mit NATO-Offizieren statt, auch in der Schweiz wie kürzlich in Luzern. Ausländische Truppen kommen zum Üben in die Schweiz, vor kurzem Franzosen in den Kanton Glarus, Schweizer gehen zum Üben ins Ausland. Schweizer FA-18-Jäger üben in Frankreich das Auftanken

in der Luft. Wozu? Unsere Militärflugplätze werden NATO-tauglich gemacht. Sogar ein Inspektionsrecht von Schweizer Truppen durch ausländische Offiziere habe der Bundesrat im Rahmen der «partnership for peace» der NATO stillschweigend zugestanden. Man wolle so die «Kooperationsfortschritte» überwachen. Nach dem «Trainingslager für die EU» das Trainingslager für die NATO? Und das alles ohne öffentliche Debatte und ohne Beschlussfassung durch die eidgenössischen Räte! Schlimmer noch: wo bleibt die Rücksicht auf das Ergebnis der Volksabstimmung über die Blauhelme?

Auch die Schaffung gemeinsamer Kommandostrukturen ist ausdrücklich vorgesehen. Praktisch werden nach Erfahrungen mit der NATO die USA das Oberkommando führen, unter Einfluss der US-amerikanischen Innenpolitik mit der grossen Gefahr einer unfairen «Arbeitsteilung»: vorne an der Front erledigen die Europäer die «Drekarbeit», und hinten schiessen die Amerikaner aus der Deckung ihre Raketen ab. Heimzuschaffende tote Soldaten waren noch nie populär!

Englisch, die zukünftige Landessprache?

Die Kommandosprache ist selbstverständlich Englisch. Wer nicht Englisch beherrscht, könnte inkünftig in der Schweiz nicht mehr Offizier werden. Plötzlich wird klar, zu welchem Zweck gewisse Leute den Unterricht in englischer Sprache bereits in der Primarschule so forcieren wollen! Nachdem man uns durch die Einwanderungspolitik schon einen grossen Teil unseres Lebensraumes gestohlen hat, stiehlt man uns jetzt auch noch die Sprache!

Kein Wunder, dass in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift elf höhere Staboffiziere, darunter einige auch Präsidenten von Offiziersgesellschaften, die Alarmglocke läuten: die Pläne seien verfassungswidrig. Denn eine so umgekrenpelte Armee sei nicht mehr im Stande, das Land zu verteidigen, eine Aufgabe, welche auch die neue Bundesverfassung unter den Aufträgen der Armee aufführe, leider nicht mehr an erster Stelle. Wie soll das geschehen ohne eigene Infrastruktur für eine selbständige Führung, z. B. ohne einen eigenen Nachrichtendienst? Wir wären wie Blinde in einem Glashaus, und der Feind könnte bis in die hintersten Winkel unserer Behausung Einblick nehmen.

Dass unter solchen Umständen auch keine echte Neutralitätspolitik mehr möglich wäre, versteht

sich von selbst. Sie würde zum blossen Lippenbekenntnis reduziert. Selbst die Schweizer Luftwaffe hätte keine eigenständige technische Führungsstruktur mehr und könnte nur noch in Zusammenarbeit mit der NATO, und das heisst mit ihrer Zustimmung, Kampfaufträge ausführen!

Es gibt aber auch grundsätzliche Einwände gegen die NATO. Die NATO ist der europäische Arm eines kaum verhüllten weltweiten Imperialismus der USA, beschönigend «Globalisierung» genannt. Geografisch bedingt stimmen die geopolitischen Interessen von Europa und Nordamerika aber nicht überein. Als die Sowjetunion und mit ihr der Warschauerpakt zerfiel, hätte auch die NATO aufgelöst werden müssen. Stattdessen wurde sie aus einem Verteidigungsbündnis in ein Angriffsbündnis umgewandelt.

Die Einflüsse des Territorialinstinkts

Aber noch ein Weiteres ist zu berücksichtigen. Die moderne Verhaltensforschung oder Ethologie lehrt, dass Soldaten nur dann ihre volle Kampfkraft entwickeln, wenn sie an ihrer Heimatfront, in ihrem Lebensraum und um diesen kämpfen. Es gibt genug Erfahrungen aus der jüngeren und älteren Geschichte, die dies bestätigen. Hat man vergessen, was mit dem holländischen Bataillon in bosnischen Srebrenica geschehen ist? Oder das Fiasko der UNO-Intervention in Somalia? Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren und finden sich zahlreich in meinem kürzlich veröffentlichten Buch «Biopolitik». Es ist zu befürchten, dass solche «internationalen Kriseninterventionen» in einem Katzenjammer enden werden. Auch diejenige im Balkan ist noch nicht ausgestanden.

Die Schweiz hat bisher unbewusst diesem Tatbestand mit ihrer Neutralitätspolitik und dadurch Rechnung getragen, dass sie ihre Infanterieverbände nach diesem Territorialprinzip aufgebaut hatte. Die Regimenter und Bataillone stammten möglichst aus den gleichen oder benachbarten Kantonen, die Divisionen aus bestimmten Landesteilen. Dies alles wird aufgelöst, nur weil auch in unserem Lande – es gibt sie bei allen Völkern! – einige Leute von einer Rambo-Romantik in fernen Ländern träumen!

Es gibt nur ein Mittel, diese ganze unheilvolle Entwicklung umzukehren: zwei Mal Nein am kommenden 10. Juni zu den Militärgesetzrevisionen!

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

Fortsetzung von Seite 2

Echte Hilfe durch den Nato-Anschluss gefährdet

Die meisten Schweizerbürger wissen noch nicht, dass die Schweiz an dieser neuen aggressiven Grossmachtpolitik beteiligt werden soll. Die Schweiz würde für mindestens eine Konfliktpartei zum Feind und verlöre damit ihre Jahrhunderte dauernde Fähigkeit für alle Verfeindeten, auf neutralem Boden, echte Lösungen von Konflikten an Runden Tischen zu erarbeiten. Wie im Kosovo müsste das Rote Kreuz in Zukunft nicht nur die deutschen, englischen, französischen Delegierten als Bürger der kriegsbeteiligten Nationen abberufen, sondern auch die Schweizer. Sie wären dann ebenfalls potentielle Feinde. Als Kriegspartei kann die Schweiz keine guten Dienste mehr geben. Es gibt kein anderes Land in der Welt, dem man überall so viel Vertrauen entgegenbringen könnte wie der Schweiz. Die UNO, die sich seit dem Brahimi-Bericht vom Juni letzten Jahres in Zukunft mit «robusten Einsätzen» ebenfalls zur Kriegspartei erklären will, wird so immer weniger zu einer Friedensstifterin. In solch einer bedrohlichen Situation in der ganzen Welt ist es um so nötiger, dass die Schweiz wirklich neutral bleibt. Sie wird damit zur Alternative zu der weltweiten Kriegstreiberei auch für andere friedliebende Völker. Wer Krieg verhindern will, muss am 10. Juni Nein sagen zur Eingliederung der Schweiz in die jetzige kriegstreibende Nato.

Diethelm Raff, Zürich

JSD -Standpunkt

Computer und Schule

Die technologischen Entwicklungen haben unsere Gesellschaft ins Informations- und Kommunikationszeitalter geführt. Im Gegensatz zu den traditionellen Medien, wo primär der Mensch die Informationsverarbeitung leistet, wird diese Aufgabe in der Informatik auch von einer Maschine übernommen. Die Bedeutung der technologischen Verarbeitung von Informationen durch den Computer und verwandte Mittel nimmt in der Arbeitswelt, in der Familie und in der Schule ständig zu.

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Bedeutung von Informationen erfassen und dann eine sinnvolle Auswahl treffen können. Die schnelle Entwicklung in der Informatik erfordert die Bereitschaft, sich mit den Neuerungen und ihren Auswirkungen auf den Alltag auseinanderzusetzen. Der Informatikunterricht vermittelt den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die Bedeutung sowie in die Möglichkeiten und Grenzen der Informationstechnologien. Er gibt ihnen Orientierungshilfen für ein Leben, das in vielen Bereichen durch den Einsatz von Informationstechniken geprägt ist. Im Zentrum des Informatikunterrichts stehen:

- eigene Erfahrungen mit Informatikmitteln
- die Beschäftigung mit informationstechnischen Grundlagen
- die Auseinandersetzung mit der Anwendung und den Auswirkungen der Informatikmittel

Der Informatikunterricht geht von einer exemplarischen Nutzung der Informatikmittel aus.

So kann man unter dem Titel «Bedeutung und Ausrichtung der Informatik» im Lehrplan für die Volksschule des Kantons Bern von 1995 lesen. Dies tönt alles logisch und sinnvoll. Doch die Praxis zeigt, dass bei der Umsetzung im Unterricht verschiedenste Methoden angewendet werden. Und hier drängt sich bereits die erste Frage auf: Wie sinn- und nutzvoll ist der Einsatz der Computer an unseren Schulen? Das ist primär einmal eine gute Idee. Nimmt man dann diese Idee und verändert sie willkürlich, dann kann sie sehr schnell schlecht werden. Man kann dies mit allem tun. Es gibt da z. B. jene Ideen der Lehrer, wonach die Schulzimmer zu Computerzimmern umgerüstet werden und möglichst pro Schüler ein Gerät zur Verfügung steht. Natürlich basiert dies alles darauf, dass jene Lehrer schon sehr viel Affinität zu diesen neuzeitlichen Geräten haben. So steht der Verbindung Arbeit und Hobby nichts

mehr im Wege, was wiederum unter dem Gesichtspunkt jener Lehrer ihren Beruf viel attraktiver macht. Wie bekommt man nun so viele Computer? Das ist ja schlussendlich auch eine finanzielle Frage. Es ist ganz einfach. Man sammelt alte Geräte zusammen und steckt sie wiederum willkürlich aneinander. Beim einen Gerät funktioniert der Monitor nicht mehr, beim anderen die Tastatur. Ganz nach dem Grundsatz: zwei Halbe geben auch ein Ganzes. In eben diesem oben zitierten Lehrplan steht ja auch, dass der Einsatz des Computers als Hilfsmittel oder als Lernhilfe auf allen Schulstufen möglich ist, sofern die entsprechenden Geräte zur Verfügung stehen. Also diese Anforderung wäre erfüllt. Aber eben nur halbwegs. Nun stellt sich aber die zweite, meiner Meinung nach, sehr wichtige Frage. Wie fühlt sich dabei die einzelne Schülerin, der einzelne Schüler? Will er diese Daten überhaupt? Oder, empfindet er dies gar als Manipulation? Man kann sich leicht vorstellen, dass bei solchen Situationen sich schnell falsche Umgangsformen mit Computern verbreiten, und sich der Lernende fehl am Platz oder überfordert fühlt. Wenn schon, müsste definitiv sichergestellt werden, dass die Schüler während des Unterrichts keine Kriegsspiele oder ähnliches anwenden dürfen. Für den einen Teil der Klasse ist es ja dann «nur» ein Spiel, für die anderen hingegen massiver Druck, bis hin zur Ablehnung der Schule. Dieses Vorgehen spaltet die Schüler. Genau wie bei uns Erwachsenen im «richtigen» Leben. Gut gegen böse.

Auch hinter die sogenannten sinnvolle Anwendung setze ich ein Fragezeichen. Warum muss ein 3.-Klässler pro Tag eine gewisse Zeit am Computer sitzen und das 10-Finger-System perfekt beherrschen, bevor er die Rechtschreibung einmal grundlegend gelernt hat? Was nützt es, wenn der Bub von nebenan weiss, mit welchen Tasten er die Computerschrift verändern kann? Er, der sich vielleicht doch eher für seine Tiere und die Natur interessiert. Ihm trägt diese Erkenntnis überhaupt nichts zum weiteren Überleben bei.

Auf der Suche nach gesetzlichen Grundlagen, um dieser Situation entgegen zu treten, blieb ich leider erfolglos. Einzig aus dem Kanton Wallis habe ich vom «Hören sagen» mitbekommen, dass ein Gesetz in Ausarbeitung ist. Demnach sollte an jeder Schule pro 15 Schüler ein Computer zur fakultativen Benützung bereit gestellt werden. Hinter

dieser Formulierung steckt sicher auch der Gedanke des Projekts «Schule ans Netz». Es hat zum Ziel, Schüler mit dem Internet zu konfrontieren und sie den richtigen Umgang lernen zu lassen. Voraussetzung dabei ist, dass eine Lehrperson den Schüler betreut. Nur so kann ein Schüler ein sicherer Internet- resp. Computeranwender werden. Ich habe nichts dagegen, wenn Jugendliche sich mittels Computer ohne Druck Wissen aneignen. Es gibt ja da wirklich vielfältige Mög-

lichkeiten. Jedoch immer dem Alter und dem vorhandenen Wissensstand angepasst. Sicher nie überdimensional.

Aus diesem Grund erachte ich es als wichtig, dass nun auch auf politischer Ebene Schritte eingeleitet werden, die diesem Treiben nicht nur gutgemeinte Ideen liefern, sondern konkrete Leitplanken. Na dann, es gibt für uns noch zu tun!

Barbara Zbinden,
Aeschlen ob Gunten

Die CD-Kritik

RAMMSTEIN sind zurück

Es ist soweit! Die perfekte Symbiose aus Industrial-Klängen und hartem Metal genannt RAMMSTEIN hat ein neues Album auf den Markt geworfen. Das Teil mit dem schlichten Titel «Mutter» besticht durch seine für RAMMSTEIN-Verhältnisse ungewöhnlich schleichend sanfte Atmosphäre. Aber keine Angst, liebe RAMMSTEIN-Hartwürste: der rohe und klassisch brutale Boden der sechs Berliner hat auch durch den Einfluss eher harmonischer Klänge keineswegs an Aktualität verloren, im Gegenteil! Ein weiteres Entwicklungsmerkmal sind der Gesang und die Texte des Frontmanns Till Lindemann. Konzentrierte sich der livetechnische Pyromanenmeister auf den ersten beiden Scheiben noch vorwiegend auf die facettenreiche Ebene der «Liebe», die er in allen nur

erdenklichen Formen besungen hatte, so stellt man fest, dass die Texte auf «Mutter» zwar immer noch die typisch Lindemann'sche Perversion beinhalten, jedoch weit über das bisherige Niveau hinausgehen.

Es ist klar, dass bisherige RAMMSTEIN-Kontrahenten auch mit dem dritten Silberling nichts anzufangen wissen. Warum auch sollten sich die teutonischen Industrielieferanten von ihrem äusserst erfolgreichen Konzept distanzieren, zumal die vielen Legionen von Fans ein weiteres Mal kräftig eines vor den Latz geknallt erhalten und die geballte Energie dieses Sechserpacks geradezu am eigenen Leib erfahren!?

Tip: RAMMSTEIN live im Hallenstadion in Zürich am 24. Mai 2001.

Alexander Nyffenegger, Bern

Greencard und Wirtschaftsspionage

In Deutschland erhalten hochqualifizierte Fachspezialisten aus dem Ausland eine Greencard. Damit dürfen sie ausserhalb des normalen Ausländerkontingents im Land arbeiten. Nun warnen Spezialisten: «Es ist darauf zu achten, dass die Greencard nicht zum Einfallstor für die Wirtschaftsspionage werde.» Selber schuld, jahrelang haben die Regierenden auch in der Schweiz eine gute Ausbildung der

Einheimischen hintertrieben. Sie haben mehr und mehr die Ausländer gegenüber den Einheimischen bevorzugt.

Nun haben sie den Dreck: Wirtschaftsspionage – wie man hört im grossen Stil. Die hätten besser die Ausbildung für Einheimische verbessert, dann wäre ihnen dies erspart geblieben!

JSD-Sektion Baselland

Braginsky abgeschifft

Wir freuen uns! Der Geldhai René Braginsky hat es – nachdem er schon die Basler Versicherungen vergeblich übernehmen wollte – auch nicht geschafft, Sulzer zu kappen. Wir wollen diesen Raubritter-Kapitalismus auf Kosten der Kleinen nicht!

SD: Wir kämpfen gegen die Benachteiligung der Einheimischen Bevölkerung

Willkommen an der SD-Delegiertenversammlung in Basel!



**Am Samstag, 9. Juni 2001, Grossratssaal im Basler Rathaus
(Tramhaltestelle Marktplatz)**

Programm:

- | | |
|-----------|---|
| 10.00 Uhr | Begrüssung durch Grossrat Markus Borner, anschliessend Behandlung der statut. Geschäfte |
| 12.15 Uhr | Mittagessen auf dem Rhein, resp. dem Schiff. Die Schifffahrt wird (mit Ausnahme der Verpflegung) von der SD-Basel-Stadt offeriert! |
| 14.00 Uhr | Fortsetzung der DV mit Referaten zu politischen Themen. Es sprechen:
– Bernhard Hess, Nationalrat
– Rudolf Keller, Zentralpräsident |
| 16.00 Uhr | Schlusswort |

Wir freuen uns, Sie als Delegierte/r oder als Gast in der Rheinstadt Basel und insbesondere an der DV begrüssen zu dürfen.

SD-Basel-Stadt

PS: Benützer öffentlicher Verkehrsmittel fahren mit dem Tram (Nr. 1 oder 8) vom Bahnhof SBB bis zum Marktplatz. Autofahrer parkieren ihren Wagen mit Vorteil in der Auto-Abstellhalle des Kantonsspitals; hernach 5 Min. zu Fuss bis zum Rathaus.

Ein Bundesrat in Frauenfeld – eine Chance?

Schon im Gang des schönen Frauenfelder Rathauses wurde Bundesrat Schmid mit modernster Elektronik, lies Digitalschrift, willkommen geheissen. Auf Hochglanzpapier, in drei verschiedenen Heften mit vielen Farbfotos und geschickt ausgewählten Kombinationen wurden Argumente für die Armeevorlagen vom 10. Juni präsentiert. Da stand ich nun, ich armer Tor, mit billigem, gelbem Flugblättchen A5, mit schwarzen Buchstaben und selbst bezahlt. Tor deshalb, weil ich als Steuerzahler ja auch die grosszügige Ja-Werbung des Herrn Bundesrates zu bezahlen habe. Wer einen Militäreinsatz beschliesst, der muss die Strasse bis zu ihrem Ende gehen. Er muss akzeptieren, dass er Tote nach Hause bringen wird. Und er sagt Ja zu jeder anfänglich nicht erkennbaren Eskalation, die aus der Beteiligung an diesem Konflikt resultiert...» Das sagte NATO-General Klaus Naumann und er muss das wissen! Immerhin, da stehen und ein gelbes Blättchen verteilen, macht auch nicht jeder! Schmid überraschte mit moderns-

ter Technik, projizierte farbig, computergesteuert und wohl sortiert, vorteilhafte Aussagen, anderes blieb natürlich unerwähnt. Ein ganzes Team musste daran monatelang gefeilt haben, denn auch bei den Fragen wurde ab Computer und von Geisterhand immer wieder Passendes projiziert. Profis mussten hier am Werk gewesen sein, und ich armer Tor darf auch diese finanzieren. Ach wie überkam mich das Sinnieren; war Bundesrat Schmid nun Schauspieler, Präsentator oder Mitbegründer des Gezeigten? Immerhin, solange war er ja noch gar nicht im Amte... Wenn aber nicht er die Regie inne hat – wer dann? Ist die Verwaltung und sind deren Chefbeamte heute die heimlichen, aber wahren Drahtzieher im Bunde? Ist die gewählte Exekutive am Ende nur noch ein Aushängeschild, ein Instrumentarium? Trotzdem waren seine Argumente schwach! Wir hätten keine Übungsplätze mehr und müssten darum ins Ausland und im Gegenrecht fremde Armeen hier üben

lassen. So ein Unsinn, wenn wir kämpfen müssen um unser Land, kämpfen wir hier und nicht irgendwo. Es ist also notwendig, jeden Winkel und jedes Plätzlein dieses Landes zu kennen. Was wäre da besser, als üben im eigenen Lande? Darum müssten ja auch unsere Waffen an unsere Verhältnisse angepasst sein. Fremde Armeen hier üben lassen ist ein Verbrechen – Finanzen hin oder her, Herr Bundesrat! Wir wollen unabhängig und neutral bleiben, wir wollen unsere Miliz-Armee.

Auch Tiefflüge seien nicht mehr möglich – wozu denn Tiefflüge über Schweden und Tankfüllung in der Luft? So ein Unsinn! Entweder haben wir die falschen Flugzeuge gekauft oder Flugzeuge, die in die NATO (UNO oder EU) gehören, und unsere Politiker haben das Volk einmal mehr aufs Kreuz gelegt. Wie haben wir Schweizer Demokraten doch immer vor noch mehr Wachstum und Einwanderung gewarnt, und jetzt kommen uns die Herrschaften so: Es habe zu

wenig freien Platz. Danke, liebe Freunde, danke! Und nochmals, unsere Armee soll unser Land, unser Volk verteidigen! Soldaten, Piloten und Offiziere müssen also unser Terrain kennen wie die eigenen Hosentaschen; oder ist am Ende der FA-18 das falsche Flugzeug für uns?

Geklagt hat der gute Bundesrat Schmid auch über den Mangel an Unteroffizieren und Offizieren; da müsse die Revision vom 10. Juni Abhilfe schaffen. Auslandsaufenthalte und Swisscoy-Einsätze machen offenbar unsere Armee attraktiver. Nicht gesagt hat Samuel Schmid, ob mit oder ohne Soldatenpuff mit Minderjährigen wie etwa in Jugoslawien. Wir Schweizer Demokraten haben schon vor vielen Jahren Gefahren erkannt. Öffnung der Märkte, Fusionen und immer mehr internationale Firmen reduzieren die Möglichkeiten zum Abverdienen; ja viele Arbeitgeber

Ein Bundesrat in Frauenfeld – eine Chance?

Fortsetzung von Seite 5

wollen nicht einmal während der RS die Mitarbeiter behalten, damit diese Lohnzahlungen eingespart werden können. Die heutigen Realitäten sind die Resultate der neunklugen Regierungsparteien und deren Nutzniesser. So viele Fragen müssten da unserem Gäste noch gestellt werden – Fragen von grösster, staatspolitischer Tragweite! Hervorragend war Bundesrat Schmid im Herunterspielen der wirklichen Sachfrage vom 10. Juni. Er tat so, als ginge es bei der Bewaffnung nur um eine Pistole oder ein Gewehr für die Soldaten im Ausland. Dass unser Land eigene Transportflugzeuge kaufen will, 180 Schützen- und 120 Kommandanten-Panzer kauft, neben Transporthelis und vielem mehr – natürlich alles technisch, bedienungsmässig und strategisch auf den NATO-Standart getrimmt, war für ihn nicht relevant! Auch die Umstellung auf Armeesprache englisch war für ihn logisch; dabei wäre doch gerade unser Dialekt bei einem Abwehrkampf wie eine Geheimsprache, die nur wenige Angreifer verstehen können. Heute sucht die Armee fieberhaft nach Englisch-Lehrern. Wollen wir Schweizer also zu Befehlsempfängern, zu Teilhabern korrupter EU-Kommandos werden? Wollen wir die Unterstellung bei der NATO oder UNO? So eine Schande! Erinnert sei an die 41'000 Uranbomben mit 300 Tonnen hochgiftigen Atom-Abfällen der USA, die in Kuwait, Irak und Ex-Jugoslawien entsorgt wurden. Auch das AC-Labor Spiez des Bundes hat alles heruntergespielt und so getan, als handle es sich um harmlose Gewehr-Munition. Wollen wir mit der UNO ins Feld ziehen, mit

Hunderten von Staaten, die alle Konventionen unterzeichnet aber bisher keinen einzigen Paragraphen eingehalten haben? Wollen wir mit dem Sicherheitsrats-Mitglied China an den gleichen Tisch sitzen und so tun, als gäbe es keine Tibetflüchtlinge und keine Vernichtung des tibetischen Volkes, der tibetischen Kultur und Religion durch China? Weiss Herr Bundesrat Schmid, was er uns da zumutet?

Wenn es doch nur um ein paar Millionen geht, die eingespart werden müssen, möchte ich vorschlagen, das viele Geld anderswo einzusparen. Wozu Hunderte von Millionen für Luchs-, Wolf- und Bärenprojekte und ganze Bundesämter mit hochbezahlten Experten? Wozu eine Ausstellung Expo 02, wo doch das Volk noch nie so stark frustriert, deprimiert, ja resigniert war. Und was halten Sie, Herr Bundesrat Schmid von weniger Aufwand z.B. für Sie persönlich? Wenn Sie nämlich näher am Volk politisieren, brauchen Sie auch weniger Bodyguard, weniger «Experten», weniger Zuhörer und hochbezahlte Pressesprecher und Öffentlichkeitsarbeiter.

Wie wäre es, wenn der Bundesrat auf das Volk hören würde, um die Vorstellungen des Volkes umzusetzen – als Diener dieses Landes? Vielleicht mit dem Volk die Revision unserer Miliz-Armee an die Hand nehmen? Auf das Volk hören, anstatt dem Volk Maulkörbe (Paragraph 261^{bis}) und Denunziantenräte zu verpassen. Nicht die Vorstellungen der Politiker, einer politisch-wirtschaftlichen Kaste dürfen Richtschnur sein; genau das aber ist heute leider der Fall. Die Unstimmigkeiten zwischen Exekutive und Volk lassen sich also kaum mit einer zulässigen, kleinen Frage an einen Bundesrat beseitigen!

Willy Schmidhauser,
Kantonalpräsident Thurgau,
Dettighofen

Warum soll das Wort «Neger» ein Schimpfwort sein?

Die Linke – von den Sozialisten, die sich in der Schweiz verharmlosend «Sozialdemokraten» nennen, über «normale» Kommunisten bis zu den Marxisten – versucht immer wieder, unsere demokratischen Strukturen aufzuweichen. Das grosse «I» in der Wortmitte (z.B. ArbeiterInnen, SchülerInnen usw.) ist heute leider schon in die Schulstuben und an die Hochschulen gelangt. Die deutsche Rechtschreibreform gehört ebenfalls dazu; damit soll die deutsche Sprache multikulturell konform werden, damit auch die Leute aus den entferntesten Ländern mit der deutschen Sprache etwas weniger Mühe haben.

In das gleiche Kapitel gehört die – leider sehr erfolgreiche – Behauptung, das Wort «Neger» sei ein Schimpfwort und müsse durch Schwarze oder – noch besser – «Afrikaner» ersetzt werden. Zum letzteren: in Afrika gibt es sehr viele Menschen, die keineswegs Neger sind (Ägypter, die übrigen Nordafrikaner usw.); diese würden sich «bedanken», wenn man ihnen sagen würde, «Afrikaner» sei gleichbedeutend mit «Neger». Ebenso möchte ich nicht in der Haut desjenigen stecken, der einem amerikanischen, brasilianischen, venezuelanischen usw. Neger sagen würde, er sei eigentlich ein Afrikaner. Nach derselben Logik müsste man sämtliche Weisse weltweit «Europäer» nennen, denn es gibt keinen Weissen, der nicht ursprünglich aus Europa stammt.

Nun aber zur Widerlegung der Behauptung, das Wort «Neger» sei ein Schimpfwort.

1. Das deutsche Wort Neger hat absolut nichts mit dem amerikanischen Schimpfwort «Nigger» zu tun. Vielmehr kommt es aus dem spanischen «negro» bzw. dem lateinischen «niger» und bedeutet, auf deutsch übersetzt, nichts anderes als «schwarz». «Schwarzer» ist also einfach das verdeutschte Wort für Neger.

2. Nicht alle Neger sind schwarz; es gibt dunklere und hellere, zum Teil beinahe weisse Neger. Ich habe mir sagen lassen, dass sehr viele hellhäutige Neger auf ihre dunkleren «Brüder» herabschauen; jeder etwas hellere schaut auf die etwas dunkleren herab. Sicher ist das nicht bei allen Negern so, aber bei sehr vielen.

3. Das Wort «schwarz» ist im Deutschen – und auch in den meisten andern Sprachen – im allgemeinen etwas Negatives. Hier einige Beispiele: «Der schwarze Tod» wurde im Mittelalter die Pest genannt; «Der Schwarze» bedeutet Teufel; «Schwarze Kunst» wurde früher die gefürchtete Zauberei und Hexenbeschwörung genannt; «Schwarzer Freitag» ist der berüch-

tigte Börsencrash im Jahr 1929, der eine weltweite riesige Wirtschaftskrise ausgelöst hat; «Schwarzer September» nennen die Palästinenser den September 1970, als sie mit brutaler Gewalt von ihren arabischen «Brüdern» aus Jordanien vertrieben worden sind.

4. Im Lexikon liest man unter «Schwarze» neben den oben erwähnten Beispielen: «Eine heute im allgemeinen übliche Bezeichnung für Menschen der *negroiden* Rasse». Man merke: selbst um das Wort «Schwarze» im Zusammenhang mit Negern erläutern, muss man das Wort negroid, das ja von Neger abstammt, verwenden.

5. In den Lexika liest man ebenfalls von Negersprachen, Negerkultur, Negermusik usw. Niemand denkt hier daran von «Schwarzensprachen», «Schwarzenkultur» oder «Schwarzenmusik» zu sprechen.

6. Die schöne Negermusik «Negro Spirituals», die ich persönlich sehr gern höre, wurde von den Negern selber so bezeichnet und heisst weder «Black Spirituals» noch denkt kein normaler Mensch daran, dieselbe entsprechend umzubenennen.

7. In Afrika gibt es einen Staat Nigeria, einen Staat Niger und einen Fluss Niger. Diese Wörter ähneln dem amerikanischen Schimpfwort «Nigger» viel mehr als das deutsche Wort Neger, und trotzdem denkt kein Mensch in diesen Ländern daran, die Namen in «Blackland», «Black River» oder wie auch immer umzubenennen.

Also, lassen wir uns von den Linken nicht davon abhalten, weiterhin das korrekte Wort Neger zu sagen, denn es ist absolut kein Schimpfwort.

Ebenso absurd ist die Behauptung der Linken, das Wort «Mohr» sei ein Schimpfwort. Nach diesen Leuten darf man nicht mehr Mohrenkopf sagen. Genauso dürfte Schillers Drama «Fiesco» nicht mehr aufgeführt werden, denn dort kommt der berühmte Satz vor: «Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen». Allenfalls müsste ein Theater-Intendant das Wort Mohr durch «Schwarzer» ersetzen, um eine Klage wegen Rassismus zu vermeiden.

Und zum Schluss: wem ist nicht schon aufgefallen, dass das beliebte Kinderliedchen «Zehn kleine Negerlein» überall tunlichst vermieden wird. Bevor unser linken Multi-Kulti-Wischi-Waschis uns einzureden versuchen, Neger sei ein Schimpfwort, hat kein Mensch auch nur im entferntesten beim Singen dieses harmlosen Liedchens an etwas Diskriminierendes oder gar Rassistisches gedacht.

Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden



Die Abdankung Europas – eine Prophezeiung

1973 erschien Jean Raspails Werk «Le Camp des Saints» (Das Heerlager der Heiligen). Die zur damaligen Zeit phantastisch und utopisch anmutende Geschichte handelt vom Aufbruch einer Million ausgemergelter Inder der niedrigsten Klasse, welche sich in Kalkutta auf 100 verrostete, kaum mehr seetüchtige Dampfer einschiffen, nach einer mehrwöchigen Reise an der Südküste Frankreichs landeten, nach Norden vordrangen und allmählich das Land und ganz Westeuropa kolonisierten.

Raspail beschreibt auf anschauliche Art, wie Politiker und Medien, als die Flotte der Elenden unterwegs und deren Ziel noch nicht bekannt war, die Sache zu verharmlosen und die Öffentlichkeit zu beruhigen suchten. Je mehr es aber zur Gewissheit wurde, dass eine Invasion unseres Kontinentes bevorstand, desto mehr wurde das Volk einer wahren Gehirnwäsche unterzogen, sich ins Unvermeidliche zu schicken und die hungrigen Asiaten wie Brüder zu empfangen, um sie am europäischen Wohlstand teilhaben zu lassen. Das humanitäre Karussell, angetrieben von kirchlichen und wohltätigen Organisationen, begann sich in atemberaubendem Tempo zu drehen. Als die Wracks die Strasse von Gibraltar passiert hatten, war Frankreichs Schicksal besiegelt. Die verängstigte und demoralisierte lokale Bevölkerung hatte sich nach Norden abgesetzt und an ein Eingreifen der Armee, deren Angehörige in Massen desertiert waren, war schon gar nicht mehr zu denken. Die Regierung passte sich durch Gesetzesänderungen der neuen Situation an und setzte die Luftwaffe zur Ausmerzung des Widerstandes gegen die neue Ordnung ein.

Die letzte Seite des Romans ist der Schweiz gewidmet. So beschloss unsere Landesregierung die Mobilmachung. Sie ernannte einen General, liess die Grenzen schliessen, wies indische Immigranten aus oder liess sie zumindest überwachen, was von gewissen Kreisen sogleich als Ghettoisierung und Errichtung von Konzentrationslagern gebrandmarkt wurde. Der Widerstand Helvetiens dauerte nicht lange, denn die Feinde hatten ganze Wühlarbeit geleistet. Das Land kam von aussen und innen unter ständig grösseren Druck und wurde zu Verhandlungen gezwungen. Schlussendlich kapitulierte die Regierung und öffnete die Grenzen. Raspails Werk erschien vor 28 Jahren. Seither haben sich Dinge ereignet, welche die Geschichte eher als erfüllte Prophezeiung statt als reine Fiktion erscheinen lassen: Fast täglich landen an der italienischen und spanischen Küste Schiffe mit afro-asiatischen Flüchtlingen oder solchen aus dem Balkan, und am 17. Februar dieses Jahres lief die in Kambodscha registrierte schrottreife «East-Sea» mit über 900 illegalen kurdischen Einwanderern an Bord bei St-Raphaël an der Côte d'Azur auf Grund.

Obwohl viele der illegal nach Italien geschleusten Immigranten in Richtung Norden – also in oder durch die Schweiz – weiterreisen, werden unsere Landesgrenzen nicht besser bewacht. Zur personellen Aufstockung des Grenzschutzkorps fehlt angeblich das Geld, und für einen Armeeinsatz an der Grenze sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf. Hat unsere Regierung unter dem Druck anonymer Mächte etwa bereits kapituliert?

Max-P. Morf, Genf

Die Geschichte vom ehrsamem, aber leider dummen Lehrer

1. Akt

Am Montag, 26. Februar 2001, also knapp eine Woche vor den Grossratswahlen im Kanton Aargau, marschiert der Neuenhofer Realschullehrer Bruno Ehrsam mit seiner kompletten 4. Realschulklasse auf den Kantonspolizei-Posten von Baden und erstattet Anzeige gegen die Schweizer Demokraten wegen Verstosses gegen das Anti-Rassismus-Gesetz (ARG), das eigentlich GFR heissen sollte (Gesetz zur Förderung des Rassismus), denn dieses Gesetz fördert mit seinen verrückten Missbräuchen den Rassismus mehr, als dass es ihn

bekämpft. Der ganze Kanton lacht über dieses Vorgehen, ausser natürlich die Aargauer Zeitung, die mit einer Grossaufmachung in der Ausgabe vom 27. Februar einmal fast halbseitig auf der Titelseite, einmal ganzseitig auf S. 3 «Thema» (die nur für ganz spezielle Themen reserviert ist) die Sache aufbauscht. Dass Lehrer Ehrsam und die AZ damit genau das Gegenteil dessen erreicht haben, was sie beabsichtigten, ist ihnen wohl nicht klar geworden. Denn eine bessere Propaganda für die Schweizer Demokraten im Hinblick auf die Grossratswahlen konnte es wohl kaum geben. Mehrere Personen

aus anderen Parteien (u.a. Grossräte und Gemeindeammänner) haben uns spasseshalber in etwa gesagt, wir sollten doch zugeben, dass wir diesen exklusiven Werbegang selber inszeniert hätten. Leider kam diese unfreiwillige Propaganda etwas zu spät, auch für die Faschachtszeitung und die Schnitzelbänke.

Die Dummheit des Lehrers

Lehrer Ehrsam (ehrsam ist bei ihm wohl nur der Name) hat offenbar nicht gemerkt, dass er mit seiner Aktion beste Wahlpropaganda für die SD gemacht hat. Am selbigen Tag, dem 26. Februar, wurde die Sache nämlich in allen grösseren Radio und Fernsehstationen der deutschen Schweiz gebracht: Radio Z, Radio Argovia, d.h. zwei der grössten deutschschweizerischen Privatsender, Radio DRS, Tele 24, Tele M 1, selbst TV DRS im DRS Aktuell berichteten ausführlich darüber.

Wie dumm muss jemand sein, um Lehrer werden zu können? Lehrer Ehrsam verzapfte an allen Radio- und Fernsehstationen über den angeblichen Satz im Wahlprospekt der SD Aargau «Bessere Schulen für Schweizer Kinder» und bemerkte dazu mit scheinheiligem Gesicht: Ja, da habe ich sofort gedacht: Und ausländische Kinder, sollen die schlechtere Schulen haben?».

Leider kann dieser Mann nicht einmal lesen, denn im Wahlprospekt hiess es deutlich «Gute Schulen für Schweizer Kinder». Ausserdem hätte er sich besser orientieren sollen. Denn die in der Wahlwerbung erwähnte Initiative heisst richtig: «Keine Benachteiligung von deutschsprachigen Kindern in der Schule». Sie verlangt lediglich, dass fremdsprachige Kinder, die beim Eintritt in eine Aargauer Schule über keine oder ungenügende Deutschkenntnisse verfügen, vorerst in Spezialklassen intensiv in Deutsch und allenfalls anderen Fächern, wo sie an der unteren Leistungsgrenze liegen, individuell unterrichtet werden sollen. Von Diskriminierung von ausländischen Kindern kann also nicht die Rede sein, denn für ausländische Kinder mit genügend Deutschkenntnissen gilt die Initiative selbstredend nicht, weder im Titel noch im Text.

Zweite Dummheit von Lehrer Ehrsam: Am Fernsehen erklärte er, seine Klasse (übrigens von 12 Schülern sind 8 Ausländer, 2 Doppelbürger, 2 Schweizer) sei von selbst auf diesen Text gestossen. Und im folgenden Satz widersprach sich Ehrsam, indem er sagte, beim genaueren Studium der verschiedenen Wahlprospekte sei er auf diesen Satz gestossen, und er habe hierauf die Klasse darauf aufmerksam gemacht. Unsere Kantonalpräsidentin Lidwina Wiederkehr, Vizeammann von Rekingen,

sagte hierzu am Fernsehen treffend: «Dieser Lehrer ist der beste Beweis dafür, dass wir bessere Schulen brauchen.»

2. Akt

Am 20. März melden die Medien, unter anderem die Aargauer Zeitung, dass das Bezirksamt Baden auf die Strafanzeige der Schulklasse überhaupt nicht eintreten werde. Der Lehrer erklärt hierzu, dass er nach der Strafanzeige von überall nur Positives gehört habe (dabei hatte ihn sogar ein Berufskollege in einem Leserbrief gerügt). Er werde aber die Sache nicht weiterziehen; für ihn sei der Fall erledigt (weshalb wohl, wo er doch angeblich nur positive Reaktionen gehabt hat).

3. Akt

So ganz erledigt ist die Sache für Lehrer Ehrsam allerdings nicht. In demselben Artikel der Aargauer Zeitung steht geschrieben, dass ein Neuenhofer Bürger eine Aufsichtsbeschwerde an die Aargauer Regierung geschickt hat. In dieser verlangt er nicht mehr und nicht weniger als «eine angemessene Disziplinar-massnahme, nämlich sogleich ein Berufsverbot zu verhängen, damit Lehrer Ehrsam an aargauischen Schulen nicht mehr unterrichten könne». In der Begründung schreibt der Beschwerdeführer – übrigens laut Zeitungsbericht ein FDP-Mitglied (H) – unter anderem: «Es scheint klar, dass Bruno Ehrsam seine Tätigkeit als Magister auf Gröbste missbrauchte, um seine persönlichen politischen Interessen durchzusetzen, gegen gutbürgerliche Parteien vorzugehen». Man beachte: ein FDP-Mitglied bezeichnet die SD als «gutbürgerlich», und die Aargauer Zeitung bringt diesen Satz sogar. Übrigens: im Gegensatz zu Lehrer Ehrsam sagt der Beschwerdeführer: «Links und rechts hörte ich, wie sich die Leute (über die Strafanzeige des Lehrers und seiner Klasse) ärgerten». Und er habe die Beschwerde auch aus dem Grund eingereicht, damit «die Sache nicht versandet». Denn das Aargauer Erziehungsdepartement hatte bereits vorher auf jegliche Disziplinar-massnahmen gegen Lehrer Ehrsam verzichtet. Eingeweihte Kreise wundert das nicht, denn die Spitze des Erziehungsdepartements im Aargau ist seit langem von Linken und selbst Marxisten durchsetzt, um nicht zu sagen «verseucht».

Dr. Dragan Najman, Grossrat, Baden



Schweizer Demokraten



Kanton Thurgau









Flink bei Parkbussen...

Wer hat sie nicht zur Kenntnis genommen, die grossen Schlagzeilen: «Im Jahre 2000 sank die Zahl der kriminellen Delikte erneut.» Welch grosse Freude für SP-Regierungsrat Claudius Graf. Doch die Frage muss erlaubt sein, welcher Schweizer konnte sich je erlauben, z.B. die Busse für ein Park-Vergehen fünf Jahre lang nicht zu bezahlen? Niemand könnte darauf hoffen und schon gar nicht, dass etwa ein derartiges Vergehen sogar «vergessen» würde! Genau das aber haben Hunderte von Einbrechern und Kriminellen in den letzten Jahren

erleben dürfen! Bei Brüchen jeder Art erbeutete Güter sind bis heute nicht aufgespürt worden. Mehr noch, die Polizei weiss nicht einmal, wer die Täter waren, und es macht ganz den Anschein, als ob Herr Graf andere Prioritäten gesetzt habe. Er will die innere Sicherheit (Usis) mit dem Projekt «Polizei XXI» erhöhen. Wir fragen: Wie wäre es mit einem Antrag auf etwas mehr Personal bei der Polizei, und wie steht es bei unserem Regierungsrat mit den wirklichen Fakten? Könnte vielleicht der Prozentsatz der gelösten Fälle etwas angehoben werden, um so die Attraktivität für Verbrecher jeder Art zu reduzieren? Nach amtlichen Angaben beträgt der Ausländeranteil in unserem Kanton 20% (?); warum fragt Herr Regierungsrat Graf nie nach den Ursachen, wonach über 50% der Kriminellen und Verbrecher Ausländer sind? Dabei plädieren er und seine Partei – vereint mit dem ganzen Regierungsrat des Kantons Thurgau – für noch weniger Grenzkontrollen. Wahrlich eine seltsame Entwicklung!

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau, Willy Schmidhauser,
Kantonalpräsident*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Ob- und Nid-Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Sommerpause Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen Info-Abend am 14. Mai 2001, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil. Ausflug ins Zürcher Oberland am Sonntag, 20. Mai. Besammlung beim Restaurant Fass in Wil um 9.25 Uhr
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metzger, Walderstr. 19, Hinwil Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat im Rest. Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Mit neuen Logos unsere Kultur schänden

Nachdem die Berner Behörden das Berner Wappen abändern wollen, ist nun der Kanton Graubünden dran. Bisher hat man unter dem bewährten und bekannten Markenzeichen «Graubünden» geworben. Findige Werber sind nun auf die Idee gekommen, ein neues Logo zu kreieren, ein gross geschriebenes kleines «b» mit zwei grossen Punkten und klein darunter gesetzt «Bündnerland». Wi in der Stadt Bern läuft auch die Bündner Bevölkerung dagegen Sturm. Wir fragen uns: Hat das nicht System? Sind hier nicht wieder die Multi-Kulti-Kräfte am Werk, die unsere Kultur und Tradition bewusst zerstören wollen?

Voranzeige

40 Jahre Schweizer Demokraten

Die diesjährige **1.-August-Feier** unserer Partei findet in der **Ostschweiz** auf dem **Aussichtsberg Nollen** statt. Wir wollen eine etwas grössere Feier veranstalten und gleichzeitig unser 40-jähriges Bestehen als Partei feiern. Reservieren Sie sich das Datum für diesen von der SD-Sektion Wil organisierten Anlass schon heute. Detailinformationen folgen in einer nächsten SD-Zeitung.

**Kanton Aargau****Was zu erwarten war!**

Im Herbst 2000 – im Vorfeld zur 18%-Initiative – hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) eine Inseratenkampagne gestartet mit dem Haupttitel «Fremdenhass ist unschweizerisch», wobei das Inserat so gestaltet war, dass die drei Worte «Hass ist schweizerisch» ganz deutlich in Grossbuchstaben und schwarz auf weiss hervor stachen. Ich hatte damals eine Klage gegen den SGB wegen Rassismus im Sinne des sogenannten «Anti-Rassismus-Gesetzes» (ARG) eingereicht. Was ich schon in meiner Klageschrift vermutet hatte, ist nun eingetroffen: Die Staatsanwaltschaft des Kantons Aargau ist auf meine Klage nicht einmal eingetreten (!), weil «das Inserat als Ganzes gesehen werden müsse und es sich hier auch nicht um eine Verletzung des Anti-Rassismus-Gesetzes ARG handle». Dieses «Urteil» beziehungsweise, dass auf meine Klage nicht einmal eingetreten worden ist, verwundert die Kenner des ARG

nicht. Typisch ist auch, dass dieser Entscheid von der Staatsanwältin Frau B. Peterhans gefällt worden ist, die schon während ihrer Tätigkeit als Gerichtspräsidentin in Baden durch sonderbare «Urteile» unangenehm aufgefallen war. Frau Peterhans und der schweizerischen Gerichtsbarkeit möchte ich aber dennoch für dieses Nichteintreten auf meine Klage herzlich danken. Jetzt weiss auch der letzte gutgläubige Schweizer, dass das ARG kein Gesetz gegen Rassismus ist, sondern eines gegen die Schweizerinnen und Schweizer. Schweizer dürfen offenbar im eigenen Land verunglimpft werden, ohne dass die Täter dafür belangt werden können. Es wäre interessant, ein ähnlich gestaltetes Inserat, wo Ausländer in gleicher Weise angegriffen würden, zu publizieren. Ich bin sicher, der Auftraggeber müsste im Rahmen des ARG mit einer harten Bestrafung rechnen.

Dr. D. Najman, Grossrat, Baden

**Kanton Thurgau****Heuchlerische Schwerverkehrs-Experten!**

Die bilateralen Verträge sind von vielen EU-Staaten bis heute noch nicht ratifiziert, obwohl sie per 1.1.2001 mit der Schweiz abgeschlossen wurden. Das hindert aber unseren Bundesrat und eine EU-geile Verwaltung überhaupt nicht, bereits EU-40-Töner in grosser Zahl passieren zu lassen. Obwohl noch lange nicht alle Kontingente verteilt sind, haben wir bereits einen alpträumhaften Schwerverkehr. Auch im Thurgau soll nun der Oberthurgau mittels T-13 «besser erschlossen» werden.

Wir aber fragen den Regierungsrat, warum denn die Bahnverbindungen Richtung Romanshorn tendenziell abgebaut werden, um umso enthusiastischer die Verbindung nach Konstanz-Singen und die Katarane nach Lindau zu fördern? Wie kommt es, dass Grüne für offene Grenzen, EU-Anschluss und bilaterale Verträge mit verkehrstechnischen Folgen (Staus) agieren, um

jetzt gegen Entlastungs- und Umfahrungsstrassen Stunk zu machen? Alle aber wollen wir Schweizer Demokraten warnen, am Sonntags- und Nachtfahrverbot wird nicht gerüttelt – auch im Thurgau nicht! Und dies zur gefälligen Erinnerung: Alle Regierungsparteien, dazu Grüne und EVP, waren für die bilateralen Verträge. SP-Bundesrat Leuenberger hat sie mit der EU ausgehandelt. §1: «Die freie Wahl des Transportmittels ist garantiert!» §2: «Es gibt keine Diskriminierung» Das ist die Tragödie! Wir sind verloren, niemand kann die Laster auf die Schiene zwingen oder locken. Vor der Abstimmung haben wir Schweizer Demokraten massiv gewarnt und wurden durch Regierende und Medien fertig gemacht! Nun haben wir die Bescherung.

Schweizer Demokraten, SD Thurgau, Geschäftsleitung

**Kanton Basel-Land**

SD-Politiker fordert:

Offenlegung von Staatszugehörigkeiten

in polizeilichen Presseberichten und in den Medien

Der Baselbieter Landrat Heinz Mattmüller hat es als erster gewagt, das heisse Eisen anzupacken. In ei-

ner landrätlichen Interpellation stellt er folgendes fest:

«Bei der Berichterstattung über Straftaten in den Medien fällt auf, dass die Staatszugehörigkeit ausländischer Delinquenten oftmals verheimlicht wird. Erscheint der beschriebene Straftäter z.B. als ein 27-jähriger «Mann», kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass es sich dabei um einen Ausländer handelt. Ist die straffällige Person jedoch tatsächlich ein Schweizer oder eine Schweizerin, dann pflegt vor allem der linkslastige und das eigene Nest beschmutzende Boulevardjournalismus diese Tatsache genüsslich auszuschlachten. In letzter Zeit häufen sich allerdings jene Fälle, in denen von «Schweizern» die Rede ist, obwohl es sich genau genommen um (leichtfertig) eingebürgerte Ausländer mit doppelter Staatsbürgerschaft handelt. Eine solchermaßen undifferenzierte Deklaration der Staatszugehörigkeit einer straffälligen Person ist einer schamlosen Diffamierung und Beleidigung der einheimischen Bevölkerung gleichzusetzen und kann so nicht hingenommen werden.

Darum frage ich die Regierung an:

1. Erfolgt die immer wieder vorgenommene Unterschlagung der tatsächlichen Staatsangehörigkeit straffälliger Ausländer schon bei der Abfassung des Polizeiberichtes oder handelt es sich dabei um eine Manipulation von Seiten der Medien?
2. Ist die Regierung auch der Meinung, dass Doppelbürger ausländischer Herkunft im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Begehung von Straftaten unter Berücksichtigung der Würde der einheimischen Bevölkerung nicht einfach als «Schweizer» bezeichnet werden sollten?
3. Ist die Regierung dazu bereit, auf eine sachliche Berichterstattung über die tatsächliche Staatsangehörigkeit straffälliger Personen in den Medien Einfluss zu nehmen?

Wir sind nun gespannt auf die Beantwortung dieser Fragen durch die Baselbieter Regierung. Heinz Mattmüller gratulieren wir zu seinem Mut, den er mit diesem Vorstoss bewiesen hat!

SD Baselland

Kolumne**Also doch Banditen...**

BLICK's Einsicht kommt Jahre zu spät. Ich bin ein sehr guter Bürger, weil ich (vergeblich) versuchte, die Schweiz vor Milliarden Schäden zu bewahren, aber wir gelten ja in Bern als Vollidioten. So habe ich mein lächerliches Ruhegehalt (im Gegensatz zu anderen Pensionären) redlich verdient.

Seit Jahren weise ich Medien und Behörden vergeblich auf die Tatsache hin, dass die albanischen Terroristen die Unruhen in Serbien schon seit Jahrzehnten mit Drogen- und anderen Beutegeldern aus ganz Europa finanzieren. (Ich erinnere mich an die Sechzigerjahre, wo Albaner sich im Schweizer Schwarzmarkt bereits mit Waffen eindeckten, um sich beim serbischen Gastgeber im Kosovo zu «bedanken»). Inzwischen fließen **täglich** mehrere Millionen dieser Gelder in den Balkan.

Statt dass die Medien die Öffentlichkeit korrekt informierten und die Behörde die Albaner abwies, rollte der Bundesrat dem Drogenhändler und Terroristenchef Hashim Thaqi den roten Teppich aus, packte den Albanern – statt Verhütungsmittel – 1000 Milchkühe obendrauf und schickte Schweizer nach Serbien, um ihnen Eigen-

Fortsetzung Seite 11

Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst F. Lüscher

ADIEU SCHWEIZ**Dank Bundesrat und Dekadenz**

In dieser satirischen Streitschrift spricht Prof. Ernst Lüscher das aus, was aufrechte Schweizer schon lange denken.

Er befürchtet, dass wir der Schweiz, die wir lieb haben, dank einem verantwortungslosen und unfähigen Bundesrat und wachsender politischer, kultureller und gesellschaftlicher Dekadenz bald ADIEU sagen müssen. Er nennt die Akteure in der Schweiz und in den USA beim Namen. Ein Buch, das erschüttert.

49 Seiten

Preis: Fr. 20.–

Rothenhäusler Verlag Stäfa
Neue Püntacherstrasse 8
8712 Stäfa
Telefon: 01 926 38 61
Fax: 01 926 29 56

Polit-Splitter

Kommt nach dem Steigflug der freie Fall?

Die SVP zieht zur Zeit (beinahe) alle und alles in ihren Bann, seien dies nun deren Anhänger, Mitläufer, politische Gegner, ja selbst die Medien. Die SVP versteht es glänzend, die von ihr gewählten Themen zum Politikum zu machen. Selbstverständlich hat die SVP auch keine Mühe damit, wähler-trächtige Polit-Bereiche anderer Parteien zu «besetzen».

Nicht erst seit einigen Wochen gehört die Schweizerische Volkspartei (SVP), vorab bei Wahlen und etwas weniger bei Abstimmungen, zu den Gewinnern. Fast könnte man glauben, dass es sich hier um eine Partei handelt, die gleich auf mehreren Hochzeiten tanzen kann.

Einen Höhepunkt dieser Erfolgsstrategie bildeten bis heute die Aargauer Grossratswahlen von anfangs März, in welchen die SVP ihre Mandatszahl von 47 auf 72 erhöhen – und in den kommenden vier Jahren numehr weit mehr als einen Drittel aller Grossratsitze besetzen kann. Ist dieser Erfolg auf die «gute» Arbeit der SVP im Kanton Aargau zurückzuführen? Wer's glaubt, wird selig!

SVP als Stimme des Volkes?

Die Themen des Abstimmungswochenendes vom 4. März motivierten insbesondere die EU-kritischen und «Auto-freundlichen» (die meisten zählen sich hierzu!) Wähler, an den eidgenössischen Abstimmungen und somit auch kantonalen Wahlen im Aargau, teilzunehmen. Bekanntlich erzielte vor einigen Jahren auch die Freiheitspartei/Autopartei in diesem Kanton einen phänomenalen Aufstieg und schon wenige Jahre später war alles wieder vorbei!

Die permanente Medienpräsenz, insbesondere der «Zürcher» SVP-Prominenz, bildet unzweifelhaft einen Teil des Erfolgsrezeptes der zur Volkspartei mutierten früheren BGB (Bürger-, Gewerbe- und Bauernpartei). An die letztgenannte

Landwirte-Klientèle erinnern insbesondere in der Stadt Zürich (in der die Zahl der Bauern vermutlich an den Fingern einer einzigen Hand abzuzählen ist!), bloss noch die den «Zusammenhalt» fördernden SVP-Veranstaltungen namens «Puure Zmorge»!

Mit den Stimmen der kleinen Leute ganz gross geworden

Gewiss, die SVP muss heute als politisches Schwergewicht bezeichnet werden, die vermutlich bei nächster Gelegenheit in der Flügelkämpfe verstrickten und serbeldnen CVP den zweiten Bundesrats-sitz (mit Erfolg?) streitig machen wird. Und hier stellt sich nun eine zentrale politische Frage: Betreibt die SVP eine regierungs-(treue) oder Oppositions-Politik? Nationalrat Christoph Blocher und (s)ein grösserer Teil der SVP bekämpfen mit guten Gründen und Vehemenz die Revision der beiden Militärgesetzworlagen vom 10. Juni.

Demgegenüber steigt aber der SVP-Bundesrat Samuel Schmid mit seiner Entourage zugunsten dieser Vorlagen in den Ring! Wo steht denn eigentlich die ansonsten «klar» politisierende SVP hier wirklich?

Christoph Blocher präsidiert seit über einem Jahrzehnt die kantonal-zürcherische SVP und beeinflusst massgeblich deren politisches Handeln. Schon 1999 verlangte die Zürcher SVP im Kantonsrat eine Reduktion der Staatsausgaben um 20%. Zudem fordert die SVP des Dr. Ch. Blocher eine Verminde-

rung des Steuerfusses um bis zu 20%.

Wer würde bei einer derart massiven Steuerreduktion (die kaum realistisch ist, sondern vielmehr der Parteipositionierung dient!) profitieren – mittlere und/oder hohe Einkommensbezüger? Die Dienstleistungen des Staates müssten in der Folge konsequenterweise stark abgebaut werden. Negativ betroffen würden jene, die sich eine Privatschule für ihre Kinder (mit oder ohne Bildungsgutschein!) – oder die Privat-Versicherung für die medizinische Versorgung nicht leisten können! Dass der Zürcher SVP-Regierungsrat Christian Huber, seines Zeichens kantonaler Finanzdirektor, dieser Art des Politisierens ablehnend gegenüber steht, erstaunt nun auch nicht mehr. Der Finanzjongleur und Zürcher Steuerflüchtling Martin Ebner würde bestimmt steuermässig (noch mehr) zu den Glücklichen zählen. Was bringt jedoch dieser Neoliberalismus dem Normalverdiener mit Familie und Mietwohnung?

Versprechen einhalten oder...

Die Basler SVP stellte sich nicht nur bei den letzten kantonalen Erneuerungswahlen hinter die Parole: «**Damit wir Schweizer auch noch etwas zu sagen haben!**». Lobenswert und in unserem Sinne wäre diese Aussage, wenn sich doch nur alle neugewählten SVP-Grossräte in Basel an dieses Versprechen halten würden. Doch die grosse Mehrheit der SVP-Grossratsmitglieder unterzeichnete kürzlich

im Kantonsparlament eine eigene Motion... mit dem Ziel einer Privatisierung der Basler Kantonalbank (BKB). Seit vielen Jahrzehnten werden die Entscheide der BKB-Geschäftsleitung von einem (durch den Grossen Rat gewählten) 13 Personen zählenden Bankrat weit mehr als nur «begleitet». Darüber hinaus drängte die SVP bei den im Februar im Grossen Rat durchgeführten Kommissionswahlen ebenfalls in dieses Gremium und dank bürgerlicher Unterstützung, darf sich nun ein SVP-Grossrat auch noch «Bankrat» nennen – dies bloss als Klammerbemerkung. Das Volk hat also indirekt ein Mitspracherecht bezüglich der Geschäftspolitik der BKB. Laut SVP-Manier sollen nun künftig nur noch Aktionäre, resp. internationale anonyme «Finanzkonglomerate», hinsichtlich der Sparguthaben der Basler das Sagen haben. Wie lautete denn gleich die «Parole» der Basler SVP?

Gegenüber einer solchen, vielfach fragwürdigen Politik, bieten die Schweizer Demokraten eine Alternative, wohlweislich mit viel weniger finanziellen Möglichkeiten und medien-trächtigen Auftritten, hierfür aber mit Gradlinigkeit und Ehrlichkeit!

Markus Borner, SD-Grossrat

PS: In der Grossrats-sitzung vom 25. April schickte der Rat die SVP-Motion für die Privatisierung der Basler Kantonalbank mit 70 gegen 22 Stimmen (von SVP und einigen Freisinnigen und Liberalen) bach ab.

Aus dem Basler Grossen Rat

Ein Schlagabtausch folgte dem andern...

Das Wichtigste von der Sitzung vom 25. April 2001 kurz zusammengefasst:

– Vom **Wirtschaftsbericht** der Regierung nahmen die Fraktionen ohne Abstimmung und meistens voll des Lobes Kenntnis. **Margrit Buser** (SD) geisselte in ihrem Votum u.a. die Folgen der Überfremdung in den Basler Schulen und die damit verbundene Niveauabsenkung (für alle!) in den Ausbildungsstätten. Während Jahrzehnten wurden vorab ungelernete ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt. Heutzutage ist die schweizer Wirtschaft nun daran, sogenannt hoch-

qualifizierte Berufsspezialisten im Ausland zu rekrutieren, als ob wir keine eigenen ausbilden könnten! Eines ist hierbei gewiss: Die Einwanderungsspirale dreht und dreht sich! Der Wirtschaftsprofessor **Tobias Studer** (DSP) meinte gar, dass der Bericht aufgrund seines Inhalts gleich **in den Papierkorb** gehöre...

– Mit zwei Anzügen (Postulaten) forderten schon vor schon Jahren (und inzwischen dem Rat nicht mehr angehörenden Mitglieder) Kurt Freiermuth (DSP) und Marcel Hess (LDP) **eine genügende Anzahl von Strafvollzugs-Plätzen für**

gefährliche, psychisch gestörte Straffällige. Justiz-Direktor H.M. Tschudi (DSP) meinte, dass die Regierung die Angelegenheit im Griff hätte und beantragte, beide Vorstösse abzuschreiben (als erledigt zu erklären). Einzig **Markus Borner** (SD) opponierte, da es immer noch zu wenig entsprechende Plätze geben würde. Er wies auch auf die vor einem Jahr eingereichte Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» hin und stellte Gegenantrag – die Anzüge stehen zu lassen, um so auf die Regierung

Druck auszuüben. Gegen 4 ! Stimmen aus der SD-Fraktion sprach der Rat der Regierung das Vertrauen aus und beerdigte (auch mit Hilfe der SVP-Fraktion!) diese Vorstösse definitiv.

– Namens der SP-Fraktion forderte Jan Goepfert mit einer Motion von der Regierung die Ausarbeitung eines **Integrationsgesetzes**. Die Basler Regierung rühmt sich permanent ihres Integrationsleitbildes und ihrer Integrationsmassnahmen. Ein entsprechendes Gesetz will sie aber nicht vorlegen, denn hierfür sei es «noch zu früh» und

man wolle zuerst mehr «Erfahrungen» sammeln, so der Polizeidirektor Jörg Schild (FDP). «**In Tat und Wahrheit hat die Regierung vor einem diesbezüglichen Volksentscheid Angst, der womöglich durch ein Referendum provoziert werden könnte...**», entgegnete der **SD-Sprecher Markus Borner**. Mit 53 : 49 Stimmen entschied sich der Rat – statt für den zwingenden Auftrag in Form der Motion – für den unverbindlichen Anzug. Linke und SD standen – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, für die Motion ein; die Bürgerlichen für den Anzug. Bloss die SVP votierte und stimmte für... überhaupt keine Regelung!

– Mit der **Motion betreffend Privatisierung der Basler Kantonalbank** blitzte Dr. Bernhard Madörin (SVP) mit 70 : 22 Stimmen klar ab. Die meisten Fraktionssprecher bekämpften diesen Vorstoss mit deutlichen Worten, wobei Roland Stark (SP) vermerkte, dass die kantonal-zürcherische SVP – mit einem SVP-Mann an der Spitze das Bankrats – voll hinter diesem (zürcher) Bankinstitut stünde. In Basel hingegen die kantonale SVP eine Privatisierung der Kantonalbank befürworte, wohl auch deshalb, da ein SP-Mann das Bankratspräsidium inne habe. **Markus Borner** (SD) findet es unaufrichtig, wenn sich die

SVP auf ihren Wahlprospekten mit der Parole – «**Damit wir Schweizer auch noch etwas zu sagen haben!**» – positioniere und dann in Tat und Wahrheit die Basler Kantonalbank (des Gewerbes und der kleinen Leute!) an international operierende Finanzgruppen verscherbeln will!

– **Für die Wahrung der Basler Faschnachts-Tradition** setzte sich **Walter Hammel** (SD) mit einer **Interpellation** ein. Er störte sich an der letzten Fasnacht, insbesondere an den beinahe in jedem Hauseingang aufgestellten und (beinahe) nicht mehr zählbaren Ständen, an welchen, neben Lamm-Braten, auch in fragwürdiger Weise alkoholische Getränke (Schnäpse und Fusel!) an Jugendliche verkauft wurden. «**Die Basler Fasnacht bewege sich Richtung multikulturelles Volksfest!**», so der Interpellant. In seiner mündlichen Antwort beurteilte dies Polizeidirektor Jörg Schild (FDP) aus einer etwas andern Sicht: «Es ist alles halb so schlimm!» (Gelächter im Saal). Die Basler Fasnacht verändere sich eben und dies sei gut so. Die Integration der ausländischen Bevölkerung würde dadurch gefördert und die Cliques (Fasnachtsgesellschaften) kämen so zu neuen Mitgliedern!

Basil Schweizer

Englische Brocken in der deutschen Sprache

(mg) Im Zusammenhang mit den Turbulenzen bei der SAirGroup hat der Moderator des «Echos der Zeit» von Schweizer Radio DRS 1 Caspar Selg am 7. März eine Glosse ausgestrahlt. Dieser Beitrag hatte eine grosse Zahl von Anrufen und Zuschriften zur Folge, was der DRS Redaktion ganz selten passiert. Caspar Selg ermöglicht es uns, seinen Beitrag hier schriftlich wiederzugeben. Zum besseren Verständnis und im Unterschied zum Manuskript sind englisch ausgesprochene, teils überspitzt bis ironisch formulierte Ausdrücke kursiv gedruckt und der eigentliche Ausdruck in Klammer geschrieben.

Wir hätten es ja schon lange merken sollen. Am Tag, beispielsweise, als alle Personaldirektoren zu spinnen begannen und ihre Abteilungen von Personaldienst zu *Human Resurses*, *Jjuman Roessorres*, *Human Ryssors* (Human Resources) umzutaufen begannen. Kein Mensch macht so etwas freiwillig. Kein geistig halbwegs gesunder Zeitgenosse gibt seinem eigenen Betrieb einen Namen, den er selber nicht aussprechen kann. Niemand. *Nöböddi* (nobody). Das hätte uns damals schon auffallen müssen.

Damals hätte man die perfide Strategie vielleicht noch durchkreuzen können, die ihren vorläufigen Höhepunkt im Flughafen Zürich Kloten fand. Der heute *Unik Erport Suritsch* (Unique Airport Zurich) heisst. Oder *Junik Erport Suritsch*. Oder ist es *Surik Junitsch*? Der Name dieses Flughafens besteht heute aus drei Wörtern, von denen ein wesentlicher Teil unserer Bevölkerung zwei nicht aussprechen und eines nicht verstehen kann. Das KANN niemand gemacht haben, der halbwegs bei Trost ist. Es sei denn...

Und zwischen *Human Rössors* und *Suritsch Unik* gab es ja noch dieses und jenes andere Zeichen, das man hätte sehen müssen. Als aus der Verbandsmolkerei ein Schweizer Tagebuch wurde. *Swiss Dairy*. Oder wie war das wieder? *Swiss Daiiri*? *Swiss* irgendetwas. Auf jeden Fall nicht schweizerisch und nicht Milch und nicht deutsch.

Wir hätten auch dort fragen müssen, weshalb nicht wenigstens EINE eigene Sprache gebraucht wurde. Man hat immerhin vier davon zur Auswahl, aber nein, es musste Englisch sein. Obwohl kaum jemand weiss, was eine *Dairy* ist. Das ganze Volk regt sich auf über die arroganten Amerikaner, speziell seit der Bankengeschichte und erst recht nach *Raoul*... übrigens, wo ist eigentlich Raul?... alle regen sich auf, über die Flut von Billigkultur aus dem primitiven Amerika, unter der wir leiden: McDonald's, Pizza Hut, Baywatch und gleichzeitig lassen wir uns auf Amerikanisch zwangs-umerziehen. Und machen das alles ziemlich begeistert, wenn auch meist hilflos in der Aussprache, mit. *Suritsch Fäinänshel Söruwiss Gruup* (Zurich Financial Services Group). *Swiss Re*, *Unik Erport*. *Prodöct Menetscher* (Product Manager). Lauter früh-englische Tollpatschigkeiten. Wenn heute frei herumlaufende Deutschschweizer Sätze sagen, wie «*De CEO seit, mir mached mit üsem Bränd en RylAUnch*» (Der Chief Executive Officer sagt, wir machen mit unserem Brand einen Relaunch oder: Der Generaldirektor sagt, wir machen mit unserer Marke einen neuen Start), dann kann doch etwas nicht stimmen. Irgendetwas will uns hier systematisch lächerlich machen. Die Frage ist wer und weshalb?

Irgendwo sitzt ein *Big Bröser* (Big Brother), der uns die Sprache klaut. Vielleicht derselbe *Big Bröser*, der auch Firmennamen erfindet wie Aventis, Novartis oder die gesunde Hölle, Hel(l)sana.

Wer immer es sein mag, was immer er erreichen will, wir sollten uns vorsehen. Vielleicht sollten wir uns bei der *Suritsch Financial Söruwiss Group*, unten in Downtown Switzerland wenigstens schon mal versichern gegen den möglichen Totalschaden an unseren Sprachen. Dann haben wir wenigstens was davon. Und wir tun es besser, solange die *Suritsch* noch in Zürich ist.

(aus: Sprachkreis Deutsch)

Manipulierte Berichte

Der Bundesrat, Medien und neuerdings auch ein überparteiliches Komitee versuchen mit Beschönigungen, mit Beschwichtigungen und mit viel Gerede von humanitären, friedenserhaltenden Missionen dem Schweizer Volk ein Ja zu den beiden zur Abstimmung gelangenden Militärvorlagen zu entlocken. Den Gegnern aber werfen sie zynische Lügen- und Friedhofpropaganda, Angstmacherei, unehrliche und primitive Stimmungsmache vor.

Gleiches geschah doch seinerzeit auch bei unseren Nachbarn in Deutschland. Als die dortige Bevölkerung gegen die Entsendung von bewaffneten Soldaten zu sogenannten «friedenserhaltenden» Missionen in den Balkan mit massiver Kritik opponierte, startete die Regierung mittels manipulierten Medienberichten eine wahre Desinformations-Kampagne. Damit gelang es dann leider, den Widerstand im Volk zu brechen. Am Abend des 8. Februar dieses Jahres nun strahlte die ARD eine eindruckliche Dokumentation unter dem Titel «Es begann mit einer Lüge» aus. Bestens recherchiert zeigte der Beitrag, wie die deutsche Regierung zusammen mit der Nato und anderen Verbündeten Berichte über den Kosovo-Krieg manipulierte und wie das deutsche Trio

Schröder, Scharping und Fischer mittels gefälschten Fernsehberichten und frei erfundenen Greuelgeschichten das deutsche Volk hinters Licht führte und über den Tisch zog. Der seinerzeit längere Zeit vor Ort gewesene General a.D. Heinz Loquai sagte dazu in einem Statement, es sei ständig gelogen und vom ersten Tag an die deutsche Bevölkerung systematisch getäuscht worden. Der Beitrag endete denn auch mit der Schlussbemerkung, der Kosovo-Krieg habe ein eigentliches Lehrstück westlicher Kriegspropaganda ans Licht gebracht.

Wohl nur wenige in unserem Land haben diesen haarsträubenden Tatsachenbericht gesehen. Schade! All diejenigen, die heute die Absicht haben, am 10. Juni zwei Ja in die Urne zu legen, würden sich dies sonst wohl noch einmal gründlich überlegen.

Heini Weber, Zürich

SD 
Schweizer Demokraten

Kolumne: Also doch Banditen...

Fortsetzung von Seite 9

heime zu bauen (was die Albaner eigentlich leicht hätten aus ihrer Portokasse finanzieren können). Natürlich hatten die Gangster ihre amerikanische Seelenverwandtschaft im Rücken und konnten dadurch die Meinungsmaschine und die NATO zu ihren Gunsten missbrauchen. Die 200'000-köpfige Albanerkolonie werden wir nie mehr los. Sie wird rasant wachsen, denn:

«Überall wo Albaner leben, da muss auch Albanien sein» (Zitat: UCK). Die mächtige UNO ist ein kostspieliger Papiertiger und ist nicht mal im Stande, im Kosovo die Terroristen zu entwaffnen. Das hätten Milosevic's Sicherheitskräfte längst umsonst erledigt. Das Ganze begann Dank Titos Gutmütigkeit nach dem 2. Weltkrieg in Serbien mit nur 25'000 «Hota-Flüchtigen» und explodierte nach und nach auf 1'500'000.

F. Muggli, Willerzell

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

1. Mai-Diebstahl!

Wieder feiern Linke und Gewerkschafter. Nach der Stalinistin Wagenknecht spricht heuer in Zürich eine waschechte Terroristin. «Blick» und DRS scheints kaum zu stören. Danach werden vermummte Schläger und Chaoten – zumeist von der roten Fabrik – Läden, Autos, Geschäfte und Einrichtungen demolieren – dies mit amtlichem Segen. Wieder werden Versicherungen Millionen bezahlen, um später Prämien und Selbstbehalte auch für Arbeiter weiter anzuheben! So wurde die Arbeiterschaft

um einen einst sinnvollen 1. Mai betrogen! Wo aber sind Thurgauer Arbeitervertreter? Graben diese nicht auch den eigenen Leuten die Gräber? Mit Öffnung der Märkte, der Grenzen für 44-Töner, einer unbeschränkten Einwanderung und gekoppelt mit einer fragwürdigen Asylpolitik als Einwanderungshintertüre? Wie verlangte James Schwarzenbach weitsichtig: «Die Maschinen zu den Menschen und nicht umgekehrt», und Professor Dr. Frederic Vester mahnt seit Jahren: «Lokal produzieren, mit lokalen Rohstoffen, Händen und Ideen». Wären das nicht die wahren Arbeitervertreter, auch für den Thurgau? Vereint mit dem Kapital installieren die Thurgauer die Euregio Bodensee oder die Klein-EU-Bodensee, obwohl das Volk klar Nein gesagt hat. Sie schaufeln damit eifrig das eigene Grab. Wen wundert, dass Arbeiter ihren «Führern» die Gefolgschaft verweigern und diese letztlich nur noch auf Extreme – siehe Zürich – abstützen können?

*Junge Schweizer Demokraten,
SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

NATO-kompatibel durch die Hintertür?

Am 10. Juni werden wir über das neue Militärgesetz abstimmen. Dieses Gesetz des Bundesrates, gegen das gleich zweimal das Referendum ergriffen worden ist, soll bewaffnete Einsätze der Schweizer Armee im Ausland zulassen. Offensichtlich versucht man damit, die Schweizer Armee mittelfristig durch die Hintertür NATO-kompatibel zu machen. Später wird es dann heissen: Wenn wir schon mit den NATO-Truppen im Ausland zusammenarbeiten, können wir ja in dieser Organisation gleich ganz mitmachen.

Dagegen müssen wir uns schon jetzt wehren. Unsere Soldaten könnten in alle möglichen Kriegsgebiete geschickt werden, ohne dass das Volk etwas zu sagen hätte. Während früher die NATO eine reine Verteidigungsarmee war, entwickelt sich diese immer mehr zum Weltpolizisten unter der Führung der USA. Weil die NATO in Mazedonien den Partner gewechselt hat, flammt in diesen Tagen der Konflikt zwischen Albanern und Jugosla-

wen wieder voll auf. Ist es wirklich unsere Aufgabe, zwischen diesen «heissen» Fronten zu stehen? Auch die neuen anzuschaffenden Langstreckentransportflugzeuge zeigen uns, dass Einsätze in Afrika oder im Nahen Osten möglich wären. Was sollen unsere höchstbezahlten Soldaten im Dschungel oder in der Wüste? Vielleicht Rambo spielen? Die Mähr, dass dann weniger Flüchtlinge zu uns kommen stimmt ohnehin nicht, denn diese werden durch teure Schlepferbanden zu uns gebracht. Solange wir als grosszügigstes Gastland auf der Welt bekannt sind, wird sich dies nie ändern.

Wir sind traditionell ein neutrales Land mit einer grossen weltweit bewiesenen Hilfsbereitschaft bei Katastrophen jeglicher Art. Nur 2 x NEIN an der Urne bringt gewisse Grössenwahnpolitiker wieder auf den Boden der Realität zurück!

*Werner Spörri,
SD-Einwohnerat, Reinach BL*

Wirtschaftsjournalist beleidigt Emmentaler Bauern

Anlässlich der «BZ-Talk»-Sendung bei «Tele Bärn» erklärte Beat

Kappeler, Wirtschaftsjournalist, die Emmentaler Bauern hätten aus

reiner Geldgier die Wälder bis auf die Höhen abgeholzt. Sie seien schuld, dass bei den Hängen, die bewirtschaftet würden, Erdrutsche entstehen.

In einem Leserbrief erklärte ich ihm, dass auch mein Vater zusätzlich als Schuhmacher ein kleines Heimwesen in einem «Chrachen» des Emmentals bewirtschaftet habe, jedoch die Familie mit Handarbeit die Erde, die hin und wieder bei längerem Regenwetter hinunterrutschte, wieder hinauftransportiert habe.

In einem Brief schreibt er mir nun: «Von aussen gesehen darf gesagt werden, dass der Fleiss dieser Bewohner des Emmentals anderswo grössere Früchte getragen hätte, dass beispielsweise die Lösung des Zürcher-Oberlandes, des Appenzellerlandes oder des Wallis mit den «Rucksackbauern» besser war, man siedelte im Tal Industrie an, wo die Bauern einiges verdienen konnten, und dann nicht gezwungen waren, ihren kleinen Betrieb als Hauptgrundlage des Einkom-

mens zu forcieren. Aber das Bernbiet wollte oder konnte nicht industrialisieren, weil wohl die «Oberen», die Gemeinderäte, die Grossbauern, es verhinderten. Ich hätte den Kleinbauern mehr gegönnt!»

Schade, dass Herr Kappeler, ehemaliges Mitglied des Gewerkschaftsbundes der Schweiz, nicht vor 100 oder auch vor 50 Jahren im Emmental gelebt hat. Ich bin überzeugt, dass er mitgeholfen hätte, in alle Seitentäler des Emmentals Eisenbahnen und Industrien zu bauen. Dabei sind damals gebaute Eisenbahnlinien z.B. nach Eriswil oder Wasen aufgehoben worden. Herr Kappeler hat keine blasse Ahnung vom harten Leben in den Tälern des Emmentals. Ich bedaure nur, dass die an dieser Talk-Sendung mit Herrn Z'Graggen, Chefredaktor der «Berner Zeitung», anwesenden Berner, nicht versucht haben, die Entgleisung von Herrn Kappeler richtig zu stellen.

Paul Zürcher, Thörigen

UNO-Beitritt der Schweiz?

USA drohen Kolumbien mit «Folgen». Dies, weil Kolumbien in der UNO für die Entsendung von Beobachtern nach Palästina stimmte!!! Ich meine, so wird die UNO demaskiert und zeigt, dass es sich hier nur um ein Organ handelt zur

Durchdrückung von US-Interessen. Soll die Schweiz da mitmachen und mit den Beiträgen die unsauberen Machenschaften der USA mitfinanzieren? Wollen wir das wirklich?

W. Greber, Acquarossa

Wie aus 20% Ausländern 50% werden

Wie in der Aargauer Zeitung zu lesen war, weist die ausländische Bevölkerung bei uns einen Geburtenüberschuss von 5% und derjenigen der Schweizer einen von 0,6% auf. Wenn wir jetzt eine ganz einfache Zinseszins-Rechnung machen, d.h. die Zahl der Ausländer von 1'472'839 (gemäss Bundes-Erklärungen inkl. Asylanten und vorläufig Aufgenommene) jedes Jahr um nochmals 5% erhöhen, so geht es genau 28 Jahre bis hier gleich viel Ausländer wie Schweizer leben.

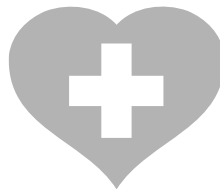
So weitergerechnet sind die Ausländer in 40 Jahren doppelt so viele wie Schweizer, in 50 Jahren dreimal so viel. In mehr als 100 Jahren geht es uns wie den Indianern in Amerika oder den Aborigines in Australien, dass die Urschweizer in Reservaten leben müssen. Spass beiseite: Im ehemals serbischen Kosovo sollten 1950 ca. 540'000 Moslems gelebt haben. Bei Kriegsausbruch, 48 Jahre später, waren es 2'200'000, und die viel kleinere Zahl Serben muss heute praktisch in Reservaten leben. Grund: Die

Moslemfamilien dort hatten je 4 bis 10 Kinder (in der Schweiz haben sie «nur» 2 bis 4 Kinder).

Die Roten und Teile der CVP wollen ihren Wähleranteil wieder erhöhen durch beschleunigte Einbürgerungen von einer halben Million Ausländer, durch Erhöhung des Kindergeldes auf Fr. 600.–, durch eine vom Volk abgelehnte 16-wöchige Mutterschaftsversicherung mit Schwangerschaftsurlaub und durch Senkung des Stimmrechters auf 16 Jahren – Eidgenossen überlegt euch das alles gut bei den nächsten Abstimmungen und Wahlen. Profitieren tun vor allem die Ausländer.

Wer mich in die Rassistenecke stellen will, soll wissen, dass unter meinem Dach drei jugoslawische, zwei srilankische, eine türkische, eine italienische, eine deutsche und sieben Schweizer Familien friedlich zusammenleben. Mir geht es um realistische Überlegungen; um nichts anderes.

*Walter Hagenbach,
Aarg. Alt-Grossrat, Würenlos*



Les poids des mots

Il fallait s'y attendre! Notre Schmid fédéral trouve l'imparable botte qui fermera le bec aux blochétiens, asiniens et autres réfractaires à la nouvelle loi sur l'envoi de soldats suisses armés à l'étranger **l'arrêt des migrations**. Il espère qu'en agitant ce drapeau nouvelle formule, les citoyens vont être convaincus que c'est la panacée pour libérer le pays de ses charges récurrentes tant financières que carcérales pour entretenir des centaines de milliers de réfugiés et demandeurs d'asile... Hélas! Une riposte imprévue vient d'apparaître au mauvais moment.

En effet, je lis dans la Tribune du 4 avril, à côté du reportage sur le face à face de messieurs Schmid et Blocher au sujet qui nous occupe, que les minorités ethniques au Kosovo ne bénéficient pas des Droits de l'Homme. Elles mettent en garde l'OSCE et les HCR qu'il y a de continuelles repréailles contre les Serbes, les Roms et les Bosniaques. Les soldats de la KFOR, ARMES, ne font rien et n'osent rien faire. Donc résultat inverse immédiat à celui que promet Monsieur Schmid: nos autorités renoncent à renvoyer 2500 Kosovars albanophones comme prévu depuis longtemps. Qui croira encore que de donner des armes à nos 150 ou 200 soldats empêchera les demandeurs d'asile d'affluer si cela leur chante.

Et sur place quelle sera la différence pour nos soldats qui plantent des clous dans les charpentes de maison détruites pendant que les mâles du coin fument des cigarettes en les regardant, s'ils ont sous leurs uniformes des kalachnikov ou des uzis? A moins qu'il y ait la moitié qui travaille pendant que l'autre moitié reste l'arme au pied!

Je renviens aux affirmations répétées des «prosoldatsarmés», Samuel Schmid en tête, qu'il n'est pas question de perdre notre neutralité

et encore moins d'adhérer à l'OTAN en acceptant cette nouvelle donne. Or rappelez-vous les promesses faites de la même façon avant les votations du 4 mars concernant le «Oui à l'Europe». A peine les résultats du scrutin connus, des démochrétiens, aux socialistes en passant par les libéraux, des voix réclamaient la demande d'adhésion dans les plus brefs délais. Donc chat échaudé...

Alors, il fallait trouver une ligne d'approche pour intégrer la Suisse de gré ou de force dans le concert des nations otanesques: ne pas obliger les populations à avaler un salami entier, mais le découper en tranches. Quoi de plus facile ensuite de ne même pas revenir sur la question, puisqu'il n'y aura plus de salami.

Parler alors de soutien à la Paix en armant nos soldats est une distorsion grammaticale éhontée dans laquelle le poids des mots remplace le poids des armes. Lorsque Samuel Schmid se gargarise en disant qu'une révision de la loi militaire permettra la participation des engagements **militaires pour le maintien de la paix et non pour l'impover, il n'est pas question de combat**, c'est vraiment le comble du cynisme et du mensonge, on retourne à la langue de bois soviétique. C'est une dialectique diabolique qui ravale les soldats suisses à des marionnettes n'utilisant pas leurs armes et se laissant massacrer au nom de la paix... Voyons soyons sérieux.

Ce n'est pas en hurlant tous azimuts en disant qu'il s'agit de sauver la **paix** qu'on évitera la **guerre** car chaque guerre ressemble à une omelette. Au lieu d'oeufs, on y casse des hommes. Votez NON le 10 juin, ne jouez pas à l'apprenti sorcier, il n'est pas encore trop tard pour bien faire.

Mary Meissner

Derrière le Décor

On peut se demander si les massacres de bovins et d'ovins en Europe, dont photos choc et articles font la une des quotidiens, ne sont pas planifiés? Je m'explique: comme il y a trop de viande vivante et morte sur le marché de la sacrosainte consommation comment stopper la dégingolade des prix tout en provo-

quant la pénurie engendrant l'envie de ce qui se fait rare?

La viande n'étant pas du pétrole, les politiques de l'OPEP ne peuvent s'appliquer au cheptel. Donc il fallait créer dans la population, une psychose assez forte pour que les gens propriétaires, paysans, éleveurs et consommateurs, acceptent

sans broncher les diktats terribles de destruction totale. C'est possible que ce prion ait été le déclencheur de l'idée de base, stratégie réussie en Angleterre d'abord qui a détruit presque totalement sa production animale.

Que va faire l'UE pour repartir sur des bases plus saines et surtout plus logiques? Va-t-elle édicter de nouvelles lois muselant l'agro-alimentaire provoquant le gaspillage immonde? Les commissaires ignares en matière de paysannerie vont-ils laisser les portes ouvertes à toutes les turpitudes du gain à outrance au détriment de la qualité? L'UE pour une fois, mettant de côté son arrogance de tout savoir mieux que les autres, ne pourrait-elle pas prendre modèle sur la Suisse?

Il y a dix ans, il y a eu dans ce petit pays des votations pour la suppression des caillebotis sous les cochons, des batteries pour les poules, et l'obligation de laisser le bétail s'alimenter librement dans les champs. Pour ce faire, il y eut des mesures d'accompagnement. Chaque paysan n'eut droit aux nom-

bres d'animaux qu'à concurrence de la surface disponible de ses terres. Il y eut même des calculs de quantité de purin permise par rapport aux nappes phréatiques, rivières et surtout absorption des sols. Cette protection directe de l'environnement, protégeait en même temps la santé des consommateurs, et le bien-être des animaux.

Si l'éradication des surplus animaliers à été planifiée dans le but de régulariser décentement la cohabitation des hommes et des animaux, s'il y a une parcelle d'altruisme dans la conscience citoyenne en chacun de nous, des catastrophes comme la maladie de la vache folle, de la fièvre aphteuse ou des hécatombes innombrables près des villes et villages, ne reviendront plus et un docteur Frankenstein n'aura plus besoin de planifier la destruction peu ses planifications insensées. De telles monstruosité doivent être bannies de nos sociétés soi-disant démocratiques et humanitaires.

Mary Meissner

Le Meilleur chemin

Dans un article sur les élèves du C.O. qui renoncent à entrer au Collège préférant suivre une filière professionnelle, il me semble qu'il y a une critique sous jacente. Pourtant vous y incluez l'École de Commerce. En suivant cette filière, c'est au contraire la meilleure voie pour survivre tout au long du chemin de la vie.

Ainsi mon père m'ayant refusé les Beaux Arts, les Belles Lettres et le Conservatoire pour cause de manque d'argent, je fus obligée de suivre l'école supérieure de Commerce de Lausanne, la rage au coeur et vouant mon père aux gémonies. J'obtins mon diplôme en 1936. Dix ans plus tard, exilée par mariage en Pologne je remerciais mon père qui me sauvait la vie. Qu'aurais-je fait comme journaliste sans connaître la langue? Qui pensait aux peintures dans un pays dévasté occupé à la reconstruction? Quant à la musique, j'aurais dû être Chopin. Donc, grâce aux langues, à la dactylographie et à la sténographie, à mes connaissances administratives et comptables, je pus gagner largement ma

vie cumulant le commerce extérieur avec les Congrès internationaux. Mon mari pu terminer ses études d'ingénieur sans l'aide de l'Etat qui envoyait ses protégés dès l'obtention du diplôme, dans un trou perdu de campagne pendant trois ans pour rembourser les études.

Il en fut de même pour ma fille à qui j'imposais également cette filière. Dès son diplôme en poche, la voilà partie pour les Emirats, puis au Liban où elle survécut parfaitement grâce aux langues, et à ses connaissances pratiques qu'elle enseigna dans quelques écoles. Revenue au pays, elle termina à l'Université de Genève, la biologie.

Donc le chemin professionnel qui passe par l'école de commerce est à mon avis, le meilleur surtout à notre époque de changements, de voyages et d'ouvertures, puisqu'il ne ferme absolument pas l'accès aux hautes études, mais reste un solide pied d'estal pour toutes sortes d'imprévus.

Mary Meissner



Procès Tabachnik ou le danger des mots

Cette bataille juridique qui se passe en France et dans la langue de Voltaire, prouve une fois de plus la dangerosité des mots. «Et Dieu créa le Verbe!» Qui aurait cru que cette faculté conférée à l'être humain seul, conduirait toute la civilisation qui se contorsionne depuis la nuit des temps au milieu de considérations politiques, religieuses ou ethniques, dans un marasme de lois juridiques, éthiques et sadiques.

L'exemple saute à nos yeux aujourd'hui avec le procès Tabachnik et sans vouloir se substituer aux leçons données par de nombreux philosophes depuis l'antiquité, nous pourrions apporter notre modeste contribution à ce monument d'inconsistance pour ne pas dire d'inconstance. A entendre le juge du tribunal, Tabachnik est un monstre luciférien déguisé en adepte innocent, alors que pour son défenseur, il est l'agneau à qui l'on veut faire porter l'habit du Malin. Cela ne vous rappelle rien? Ces joutes oratoires rejoignent celles des procès de nos libraires et du célèbre Faurisson, Jurgen Graf ou Gaston Amaudruz, qui ont été jugés sur des mots imprimés par d'autres, par eux-mêmes et/ou distribués à

leurs «adeptes». Question; où se situe la juste limite des mots?

Concernant l'OTS, heureusement que les «suicidés» n'étaient pas des juifs, car les lois antiracistes et antisémites auraient eu l'honneur de figurer en bonne place dans les plaidoiries. Mais en définitive, tout se passe au même niveau. Seuls les mots tournés dans un sens adéquat évitent certaines confusions et tournure d'esprit.

Plus près de nous et dans la future votation du 10 juin prochain, les Suisses devront décider si les animaux restent comme dans la loi actuelle des choses, ce qui permet de les traiter comme des meubles sans aucun état d'âme, ou s'ils deviendront enfin légalement des êtres vivants avec les prérogatives y relatives. Sentez-vous le poids et la portée des mots?

Sans vouloir juger le chef d'orchestre, il faut admettre que certains êtres humains et surtout les artistes qui ont une grande facilité à quitter le cartésianisme terrien, sont plus enclins que d'autres à croire aux forces occultes. D'ailleurs toutes les religions ont imbibé le cerveau des enfants depuis leur plus tendre enfance, de mystères, de forces cosmiques,

d'une Puissance supérieure invisible mais présente. La soussignée elle-même, ayant un pied dans l'artistique et un pied dans le concret, s'est laissée tenter pendant neuf ans par les doctrines ésotériques des Rose-Croix AMORC. Elle a même écrit des articles dans le mensuel de la secte. Ce qui ne l'a pas empêchée de la quitter à cause de petites erreurs répétitives et d'une certaine frustration ressemblant fort aux actuelles frustrations que beaucoup de chrétiens ressentent vis-à-vis de leur croyance, les faisant devenir très indifférents aux discours de leurs prêtres en ne gardant au fond d'eux-mêmes que les dix commandements comme base éducative.

Donc conclusion: des hommes qui se disent justes, ont-ils le droit de juger et de condamner un des leurs au nom du «Verbe» parce qu'il y a des preuves visibles de la malversation des mots? Oui en se basant sur l'art. 261 bis (suisse) et Gaysot (France) qui sous entendent désormais en plus de l'antisémitisme et de l'antiracisme, également l'antisectarisme, puisque tous conduisent à la mort ceux qui le veulent bien. On peut-obliger les gens à

porter une ceinture de sécurité dans leur voiture, mais peut-on interdire par loi interposés un désir irrésistible de boire, de fumer ou de partir vers Sirius? L'esprit de justice immanente qui se développe depuis le Tribunal de Nuremberg, ouvre une boîte de Pandore conduisant à de futurs excès totalitaires, avec tout ce que ce mot sous entend d'exactions et de tortures physiques et morales. La justice étant de plus en plus biaisée, jugeant ceux qui sont sous la main et plus faibles, oubliant les forts et excusant les chargés de missions officielles, nous courons vers un indescriptible chaos.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Pileri

Re-er-re-intégration

Ainsi on se gargarise à nouveau d'humanisme concernant 150 Kosovars qui refusent de rentrer chez eux, car ils prétendent qu'après quatre ans en Suisse, ils sont de bons citoyens intégrés. L'association qui les soutient en affirmant que si l'on parle d'intégration, c'est parce que les enfants ont été scolarisés, les parents ont du boulot et la famille parle notre langue. Mais ils oublient le principal. L'intégration en tant que telle comprend aussi et surtout les coutumes religieuses. Ces gens qui sont venus demander notre aide provisoire, se permettent aujourd'hui de faire du chantage en occupant une église chrétienne alors qu'ils sont musulmans. Si le contraire se passait chez eux et que des chrétiens insistent pour forcer les portes d'une mosquée sans avoir d'abord accepté de se faire musulmans, ils auraient été lynchés, l'expulsion ayant été considérée comme trop douce.

Un arbre ne reprend racine que s'il est entièrement et totalement intégré dans son nouvel environnement, et en refusant de se comporter comme ses voisins, il aurait deux solutions: soit accepter l'ingérence des racines de ses voisins dans son compost, soit les agresser par des

rhizomes vengeurs et récalcitrants voulant étouffer à tout prix l'espèce réceptrice plus faiblarde qui est déjà en train de perdre ses propres valeurs. (désaffectation des églises). Décidément, trouvera-t-on encore des Suisses qui verront plus loin que le bout de leur nez et penseront avec leur cerveau en plus de leur porte-monnaie. Car dans cette stratégie culottée il y a l'intérêt d'avoir des travailleurs sur place, des enfants qui paieront plus tard l'AVS et des femmes de ménage à bon marché.

Par contre les protestants chrétiens qui font partie de ce nouveau groupement d'«Après quatre ans on est intégré», se battent contre l'abrogation de l'article de loi supprimant l'obligation de demander la permission d'ouvrir des évêchés catholiques..., sous entendant probablement sans la nommer, l'acceptation de constructions de mosquées et de synagogues à bien plaie.

Une nouvelle façon de nous intégrer de force, nous citoyens payeurs, en devenant minoritaires dans l'oecuménisme en pleine mutation. Inutile d'indiquer ici les méfaits dus aux musulmans dans le monde qui augmentent de jour en jour. (Afghanistan, Algérie, Soudan, Tchétchénie etc.)

Nigeria un pays de mafiosi

Saviez-vous que quelques semaines après le changement de régime, le nouveau gouvernement a cherché à kidnapper le Ministre de l'énergie du Nigeria qui s'était réfugié à Londres pour le ramener chez lui pour le juger. Celui-ci avait offert un superbe cocktail à Londres pour fêter son milliard de £ de bakchich après seulement quatre ans de pouvoir.

La Grande Bretagne qui fait partie de l'UE accusant la Suisse d'être un endroit sûr pour l'argent sale déposé soi-disant dans ses banques, a tout fait pour libérer le ministre qui avait été enfermé dans une caisse qui allait être chargée sur un bateau nigérien. Depuis il vit comme un roi à Londres. Les Anglais n'allaient pas laisser partir le magnifique contribuable! Alors quel est le pays le plus sale en Europe? La France avec ses continuel procès contre ses plus hauts responsables ayant traficotés avec de l'argent d'origine douteuse? L'Allemagne avec ces millions versés à la CDU sous le sceau du secret? C'est honteux que nos autorités plient l'échine à chaque attaque de la part de cette UE pourrie au lieu de se regimber et de redresser la tête. C'est probablement cette attitude de chien battu qui a poussé Swissair à vouloir devenir comme la grenouille aussi grosse que le boeuf. C'était en somme une soumission déguisée à des lois de marché imposées par des fonctionnaires véreux. *Octopus*

Le paradoxe d'une certaine logique

Terre d'émigration, la Pologne importe des travailleurs russes et surtout d'origine ukrainienne. Parler d'importation c'est un peu fort, car hommes et femmes arrivent dans ce pays à la devise faible, comme clandestins. Quoique le salaire soit plus bas que ce qu'ils obtiennent en Occident, ils se sentent plus à l'aise dans un pays où la langue est presque semblable à la leur et ils ont moins de chemin à parcourir pour y arriver. De plus avec un visa de touristes et 200 \$, les contrôles aux frontières sont faciles et légers. Deux choses à relever 1) les Polonais admettent que leur nation est un pays d'émigration, alors que la Suisse accepte d'être considérée comme un pays d'immigration et 2) il n'y a aucune organisation d'humanistes bêlants pour protester contre des salaires dérisoires, 5 zlotys de l'heure, (075 \$) et ils gagnent plus que chez eux. En Suisse nous avons droit à des cris d'orfraies et même à l'élaboration de lois pour mettre à niveau les salaires de tous les travailleurs clandestins. La Pologne est bien placée pour entrer dans l'UE. Elle sera heureuse aux côtés de l'Espagne qui agit de même.

L'UE se déchire sur un projet d'aqueduc

Transférer l'eau du Rhône français par aqueduc vers la Catalogne pour assurer ses besoins en alimentation d'eau potable est un projet humanitaire d'aide à la population qui cache la réalité d'une sombre histoire d'argent. D'une part l'eau serait vendue aux Espagnols, comme eau potable et d'autre part, elle servirait en priorité à assurer le développement industriel de la Catalogne. Cette sombre histoire d'argent public mis au service des spéculateurs privés, quelle aubaine pour construire un aqueduc de 320 km de long et 3 m de diamètre totalement enterré pour acheminer un volume de 1.8 millions de m³ par jour en direction de Barcelone! 8 milliards de francs français d'investissement, mais il y a un hic.

Des deux côtés de la frontière, le projet provoque un tollé général de la part des hydrauliciens et des écologistes. La facture serait payée par la Communauté européenne et par les pouvoirs publics. Mais si ces prébendes ne profitent encore une fois qu'à des spéculateurs privés, la France qui tire déjà passablement de casseroles du même genre, risque de devenir le mouton noir (si elle ne l'est déjà pas) de L'UE. Ce projet titanique cache un gaspillage énorme car 80 % de l'eau iraient à l'agriculture intensive et le reste aux toilettes des luxueux hôtels et des golfs qui bordent la Costa Brava. En France, le détournement de l'eau du Rhône déboucherait illico

sur un déficit en eau de certaines régions telles la Camargue et Montpellier, qui finiraient par être totalement ensablées.

Pour le moment chaque pays prétend que le projet est en suspens et qu'entre temps l'eau sera prise dans l'Ebre. Mais il faut s'attendre grâce aux accords de l'OMC sur les investissements incontrôlés, à ce que la BRL (Compagnie nationale d'aménagement de la région du Bas Rhône et du Languedoc) remette ce projet sur les rails un jour ou l'autre. Question pertinente: l'eau appartenant à tout le monde, pourquoi deux pays frères en l'UE devraient-ils l'un la vendre et l'autre l'acheter fr.fr.6.- le litre non encore filtrée?

Mondialisme – quelle mémoire?

La résistance essaie de s'organiser contre l'emprise irréversible de l'uniformisation mondiale, mais comme le dit Claude Monnier, le chroniqueur contemporain le plus éclairé, «La mondialisation sera freinée par des forces banales à pleurer. En effet, les Etats semblent de nouveau réagir à la moindre anicroche de la manière la plus taritement nationaliste qui soit.» De ce qui prédède, il semble pourtant qu'en Suisse, il y ait une certaine résistance tranquille et passive qui, espérons-le, portera ses fruits.

Cela m'inspire l'histoire d'un quartier tranquille de villas aux abords d'une grande ville. Chacun chez soi, protégé par de hautes haies de séparation autour de petits jardins, chacun poursuivant ses rêves formés de conceptions différentes dans leur manière de vivre, rencontrant des voisins de temps en temps, échangeant fruits et légumes sans aucune obligation ou désir de faire des affaires.

Puis en jour, un promoteur spéculateur achète la dernière parcelle de verdure jouxtant le quartier de villas et déclassée en zone immeubles pour y construire un palais. Il se met à faire de la propagande pour convaincre ses voisins d'enlever leurs barrières, de laisser chiens et enfants courir partout, de créer une buanderie commune et d'acheter les marchandises nécessaires en pool par mesure d'économie. Emballés au départ, les propriétaires suivent et adoptent le système du spéculateur. Cela ne dure pas longtemps, car tous avaient oublié le proverbe: «Pour être heureux, vivons cachés.»

Finie la bonne fondue du samedi, il avait été décrété que ce jour, tout le monde mangerait du risotto aux merguez. Finis les programmes personnalisés de télévision. L'antenne commune diffusait des conseils boursiers et des promotions de startup. Le Big Brother prit domicile chez tout le monde pour surveiller que la pensée soit suivie. Un mini tribunal fut installé pour juger et

punir les récalcitrants et la TVA en fut augmentée d'autant. Des poids lourds polluèrent l'endroit et des bouchons rendirent la vie impossible.

Alors la révolte gronda et les forces banales dont parle Claude Monnier se réveillèrent. On replanta les haies protectrices, on remit des bornes routières, on démonta les appareils de Big Brother, on reprit sa propre machine à laver le linge, et on se remit à déguster ses plats préférés en cercle fermé, bien chez soi.

J'espère qu'il en adviendra de même avec le mondialisme et que les investisseurs multinationaux et autres spéculateurs sans scrupule, seront chassés pour faire place à la diversité personnelle qui caractérise ce monde sur notre unique planète.

Forum sur la RSR du jeudi 22 mars

Il s'agissait une fois de plus de la fameuse et famélique EXPO 02. Beaucoup de remarques pertinentes concernant des coûts excessifs et incontrôlés et la réponse de Nelly Wenger à un interlocuteur qui regrettait le flou des explications concernant l'artéplage du multiculturalisme: «En tant que juive et enfant d'immigrés, j'estime qu'il est urgent que la Suisse s'ouvre au phénomène migratoire et qu'elle oublie son nationalisme restrictif» (ou quelque chose d'approchant). A l'écouter on aurait cru que le slogan de la foire de Seville «La Suisse n'existe pas» refaisait surface. D'ailleurs cette drôle de «Suisse» n'a-t-elle pas déclaré le lendemain des votations du 4 mars: «Derrière le NON de ce week end on peut comprendre que l'EXPO 02 ne touche guère la population suisse.» Est-ce pour cela qu'elle se jette sur les immigrés? Un auditeur lui suggéra d'être elle-même plus crédible en créant l'enthousiasme d'une autre façon et surtout plus transparente dans les idées folles de la Pipilotti.

Moi je dis que cette expo nous coûtera la peau des fesses parce qu'à si peu de temps avant son ouverture, l'argent continue à disparaître aussi dans de famémeux salaires, qu'aucun futur visiteur éventuel n'a une idée de ce qui l'attend et qu'avec ses réflexions dangereuses, Nelly Wenger est de moins en moins crédible.

Noms de famille

Notre parti avait déjà pris position lors des pourparlers concernant le choix des noms de famille il y a quelques années. Au nom de l'égalité on ne peut vraiment pas tout permettre et tout chambarder, car il y a des limites logiques à la pais du peuple sans vouloir à tout prix le plonger dans le chaos. Le seul fait de jouer aux noms de familles des unes et des

autres, met les enfants en cas de divorce, sur une balance de justice aux yeux bandés. Choisir un nom de famille parce qu'il sonne bien, ou parce qu'on aime davantage son père que sa mère, c'est aberrant. Qu'il y ait eu parmi les grands de ce monde la loi salique en France qui interdisait le trône aux femmes, ainsi que dans certaines républiques bananières était une chose. Cela en est une autre concernant le droit des simples mortels surtout ceux qui ont eu la chance, comme la soussignée, d'acquiescer par mariage un titre nobiliaire à refiler à sa progéniture aux siècles des siècles, un titre qui se vulgarisera dans le temps.

Genève sri lankaise

Et voilà, il fallait s'y attendre. Au moment où une communauté étrangère atteint un certain total dans sa population, les revendications, mêmes injustifiées se mettent à pleuvoir. Ainsi le secrétaire d'Etat portugais Rui Almeida se permet d'accuser le département de l'Instruction publique de rejeter 1040 élèves portugais dans des classes «spécialisées» pour en faire de futurs manoeuvres. Les familles de ces enfants accusent les Genevois de «répandre des attitudes xénophobes», qui ne sont que des rumeurs malveillantes selon la cheffe du département de l'Instruction publique Martine Brunschwig-Graf. Elle a le droit de se fâcher en accusant les immigrés portugais de faire une mauvaise politique, car du point de vue économique ces classes spécialisées coûtent plus cher que les classes ordinaires. Il n'y a que 4.28% d'élèves portugais qui font partie de la nouvelle migration, donc ne parlant pas notre langue, contre 4.40% d'Espagnols, 5.04% de francophones.

Décidément, on se croirait au Sri Lanka envahi dans le Nord par les Indiens Tamouls qui demandent eux, l'autonomie et un pays qui représente par la surface occupée, un tiers de l'île.

Le Kremlin bruxellois

Les membres de l'UE crient casse-cou aux Quinze à propos de Schengen et de Dublin. Les bilatérales bis de la Suisse demandent en effet la participation à l'espace de sécurité européen. La Commission décrit les dangers pratiques, politiques, juridiques et institutionnels que provoquerait une telle association.

Ce que ces gens ne disent pas, c'est que ces réticences toutes virtuelles, cachent l'unique fait qu'avec les arrangements de Dublin, chaque pays de l'UE devrait reprendre sans rouspéter tous les requérants étrangers qui sont venus en Suisse, deuxième pays d'asile. Ce qui prouve qu'on nous ment sur le nombre exact de ces réfugiés économiques.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD **

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Schweizer Soldaten im Ausland verletzen die Neutralität, sind zu teuer und ein Kriegsrisiko

Volksabstimmung 10. Juni 2001: 2 X NEIN

Keine Heimkehr im Sarg

Wer Soldaten ins Ausland schickt,
nimmt deren Tod in Kauf!

Keine Kriegsabenteuer

Der erste abgefeuerte Schuss ver-
letzt die traditionsneutrale
Schweiz.

Keine Sicherheit

Die Neutralität als Schutz von Volk
und Heimat wird aufgeweicht, ab-
gewertet und stark gefährdet.

Keine falsche Aussenpolitik

Die Teilrevision hat mittelfristig
zum Zweck, die Schweiz NATO-
fähig und unser Land USA-hörig
zu machen.

Keine Abhängigkeit

Souveränität und Unabhängigkeit
wären somit aufgehoben.



Blick – nein danke!

«Blick» hat vor allem in der letz-
ten Zeit viele Menschen in un-
serem Lande durch seine totale
Manipulation – vor allem vor
Abstimmungen – verärgert und
abgestossen. Anfragen wurden
verächtlich gemacht, Leserbriefe
zensuriert oder im Papier-
korb entsorgt. Pro und Kontra
ist der heutigen Chefredaktion
ein grosses Fremdwort, wenn es
um gewisse ideologische Ziele
geht! Darum nein zu diesem
Produkt! Sagen Sie es weiter, er-
mahnen Sie Käufer und Leser,
versorgen Sie «Blick» dort, wo
dieser hingehört und vergessen
Sie bitte nicht den wichtigen
Hinweis auf weitere fragwürdige
Ringier-Produkte...
Willy Schmidhauser

Keine Missachtung der Volksrechte

Bern missachtet ergangene negati-
ve Volksentscheide (Blauhelme,
UNO).

Keine Schwächung der Milizarmee

Auslandeinsätze würden den Ge-
danken an militärische Selbstver-
antwortung zunichte machen.

Keine Geldverschleuderung

Auslandeinsätze hätten zudem
enorme Kosten zur Folge.

Beispiel Swisscoy Kosovo: Fr.
60'000'000.– (60 Millionen Fran-
ken!!!)



Schweizer Demokraten

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 - 974 20 10
www.schweizer-demokraten.ch



Zeigen wir «Flagge» – überall, wo es erlaubt ist!

Obiger Selbstkleber (Originalgrösse 13,1 x 8,4 cm, wasserfest, weiss/schwarz/rot)
kann bis zu 10 Stück gratis bezogen werden; weitere Exemplare zum Stückpreis
von 20 Rappen. Bitte der Bestellung ein frankiertes und mit eigener Anschrift
versehenes Retourkuvert (genügende Grösse!) beilegen!

Ich bestelle (Stückzahl) **Kleber «Militärgesetz 2 x NEIN!»**

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Senden an: Schweizer Demokraten, Postfach 4219, 4002 Basel

Unterlagen / Werbematerial gegen das Militärgesetz

- Ex. «Schweizer Demokrat»-Zeitung 4/2001
- Ex. Flugblatt (A4), 2-seitig, gratis
- Ex. Prospekt (A4), 4-seitig, gratis
- Ex. Kleber (14 x 9 cm), gratis
- Ex. Plakat B4 (90,5 x 128 cm), gratis
- Ex. Plakat A2 (42 x 60 cm), gratis



Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____